

– Herr Kollege, ich habe Sie doch gar nicht angeschaut.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich komme zur laufenden Nummer 61: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5668**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsstimmen **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 62: **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5633**. Wer ist dafür? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag mit Mehrheit der Koalitionsstimmen **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 63: **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5632**. Wer ist dafür? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Laufende Nummer 64, **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5669**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Auch mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Laufende Nummer 65, **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5634**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Einzelplan 06**, und zwar in der Fassung der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5506**. Wer dem Einzelplan 06 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Einzelplan 06 **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, dass wir schon wieder hinter der Zeit sind.

(Zurufe)

Man kann nicht alle Reden zu Protokoll geben, aber vielleicht kann man sich ein bisschen kürzer fassen. Das geht ja auch.

Ich rufe den **Einzelplan 08** auf:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“**.

Ich weise darauf hin, dass es hierzu wiederum Änderungsanträge der Fraktionen gibt.

Als erstem Redner für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Eiskirch das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über den Haushalt der Wirtschaftsministerin Thoben. Manche sagen: Zu Frau Thoben und ihrem Haushalt haben Herr Lindner und Herr Papke in den letzten Tagen alles gesagt.

(Beifall von der SPD)

In der „Rheinischen Post“ von gestern wird Herr Lindner mit den Worten zitiert:

„Wirtschaftsministerin Thoben sollte ihren Bekanntheitsgrad lieber durch erfolgreiche Wirtschaftspolitik steigern.“

(Beifall von der SPD)

Daraus wird deutlich: Selbst in der Koalition wird dieser Wirtschaftspolitik Erfolg und Durchschlagskraft abgesprochen. Für gute Wirtschaftspolitik ist sie landauf, landab nicht bekannt. Das können wir festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wie auch? – Bereits den letztjährigen Haushalt musste ich mit den Worten mutlos, ideenlos und perspektivlos beschreiben. Zum Leidwesen des Landes muss ich konstatieren: In dieser Beziehung haben Sie Kontinuität und Verlässlichkeit an den Tag gelegt. Ihr Haushalt 2008 ist erneut mutlos, ideenlos und perspektivlos.

(Christian Lindner [FDP]: Sie sind distanzlos!)

Eine solche Wirtschaftspolitik hat unser Land nicht verdient, Frau Thoben.

Drei grundsätzliche Kritikpunkte muss ich feststellen:

Erstens. Ihr Haushalt setzt keine Schwerpunkte in der Unterstützung von zukunftsgerichteten ökonomischen Entwicklungen, sondern strotzt vor Beliebigkeit.

Zweitens. Sie haben ein Schnittstellenproblem. Sie können an keiner Stelle den wirtschaftlichen Belangen Nachdruck verleihen, an denen eine

sinnvolle Koordinierung mit anderen Ministerien geboten wäre.

Drittens. Sie sind die EU-Finanzmittelverteilministerin. Aus der originären, auf regionale Besonderheiten ausgerichteten Landeswirtschaftspolitik haben Sie sich längst verabschiedet.

Aber Sie haben Glück, Frau Thoben. Aufgrund der guten und robusten konjunkturellen Gesamtlage fallen Ihre Versäumnisse nicht so stark auf. Sie sind die Trittbettfahrerin der guten Konjunktur. Sie profitieren von dem mutigen Weg, den Gerhard Schröder eingeschlagen hat.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Insofern ist es schamlos, in welcher Weise unter anderem Herr Laumann und Herr Rüttgers diesen Weg immer wieder diskreditieren.

(Beifall von der SPD)

In einer gesamtwirtschaftlich instabileren Situation, Frau Thoben, würden Ihre Versäumnisse für jeden Mann und jede Frau ersichtlich werden. Das wäre wahrscheinlich die Bekanntheit, die Herr Lindner für Sie vorgesehen hat, wenn ich das zusammenfassen darf.

(Beifall von der SPD)

Ihre Versäumnisse sind dadurch jedoch nicht weniger verheerend für unser Land. Denn gerade in guten konjunkturellen Situationen bestünde die Möglichkeit, Prozesse zu einer zukunftsfesten Veränderung der wirtschaftlichen Aufstellung Nordrhein-Westfalens zu gestalten, neue Felder zu identifizieren und aktiv zu bearbeiten, Chancen zu nutzen und sich darauf zu konzentrieren. Konzentrieren heißt nicht 17 oder 18 Cluster, die dann noch in weitreichender Beliebigkeit ausgestaltet werden können. Prioritäten und dann auch Nachrangigkeiten zu definieren, ist Anforderung an eine mutige und Perspektiven schaffende Politik.

Frau Thoben, man kann es nicht anders zusammenfassen: Hier versagen Sie vollends.

(Beifall von der SPD)

Gut für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist, dass Sie wenigstens die vielen erfolgreichen Programme der sozialdemokratischen Wirtschaftsminister fortführen.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Exemplarisch sei hier die Meistergründungsprämie genannt, das erfolgreichste Gründungsprogramm überhaupt mit extrem niedriger Insolvenzquote.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Auf unseren Druck hin ist die Fördersumme im letzten Jahr auf 7.500 € erhöht worden. Gut, dass Sie das fortführen, aber neue eigene Ideen: Fehl-anzeige!

Der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschreibt Ihre Mittelstandspolitik mit den Worten:

„Die Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung des Mittelstands basieren vor allem auf organisatorischen Änderungen und einem neuen Vokabular.“

Mit anderen Worten: Viel Blabla und wenig Substanz.

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, kommen wir zu Ihrem zweiten Problembereich, den Schnittstellen mit anderen Ministerien. Kommen wir zu Ihrer Durchsetzungsschwäche, zu einer Never Ending Story: keine Durchsetzung an keiner Stelle.

Fangen wir bei Herrn Pinkwart an. Für einen wettbewerbsfähigen Standort gilt: Forschung, Entwicklung und Produktion müssen Hand in Hand gehen, auch im staatlichen Handeln. Das klappt zwischen dem Innovations- und dem Wirtschaftsministerium überhaupt nicht, weder menschlich noch politisch. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich das Verhältnis zwischen Frau Thoben und Herrn Pinkwart bzw. ihren Häusern eher auf Missgunst und Eifersucht gründet.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Sie gönnen sich nicht das „Schwarze unterm Fingernagel“, würde man bei uns im Ruhrgebiet sagen. Man sieht es bei den Ziel-2-Mitteln, bei den Wettbewerben, bei Themenabgrenzungen und bei der gewünschten Weiterentwicklung des sogenannten Innovationsfonds in den Jahren 2009 bis 2011. Kolleginnen und Kollegen, kein Miteinander, nur ein Gegeneinander ist dort festzustellen. Der Sieger heißt immer Pinkwart, aber nie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Weiter geht es bei Herrn Uhlenberg. Frau Thoben erklärt sich in diesem Haus, das ist noch nicht so lange her, zur Klimaschutzministerin. Begeisterung: Wir wissen, wo das Thema angesiedelt ist. Sie will die Geothermie unterstützen, und Herr Uhlenberg erhöht gleichzeitig die Gebühren für Wärmepumpen. Passt das zusammen?

Herr Uhlenberg äußert sich zur Wasserwirtschaft, Frau Thoben hat die ökonomischen Potenziale noch nicht einmal erkannt.

Die Bauern sagen: Wir wollen mit Windkraft Geld verdienen. Frau Thoben weiß derzeit nicht, wie sie mit diesem Koalitionspartner aus ihrem Repowering-Desaster wieder herauskommen soll.

Herr Wittke will die Windkraft ganz aus NRW verbannen. Er ist der Minister der gefühlten Flaute. Das passt alles nicht zusammen.

Weiter geht es bei Herrn Laumann. Dieser halbiert die Investitionszuschüsse für die Ausbildungsstätten. Die Wirtschaft braucht aber gut ausgebildete junge Menschen, die in ihrem Beruf auf der Höhe der Zeit, also an modernen Maschinen, ausgebildet werden. Mit dem, was Herr Laumann noch zur Verfügung stellt, kann man gerade mal kaputte Maschinen ersetzen. Aber eine Ausbildung auf der Höhe der Zeit – und das bei Fachkräftemangel – ist so nicht möglich: ein Schlag ins Gesicht der Wirtschaft, insbesondere des Handwerks. Frau Thoben schaut zu, sagt im Ausschuss: Mehr Geld gibt es nicht. Jetzt soll es eine Krücke über Ziel-2-Mittel geben. Aber jeden Euro aus Ziel-2-Mitteln kann man nur einmal ausgeben. Das ist keine Politik aus einem Guss, das ist Stückwerk.

Frau Thoben allein im Kabinett – ohne Abstimmung, ohne Anbindung, ohne Durchsetzungsvormögen –, das ist das zweite Problem.

Der dritte Punkt: Frau Thoben als EU-Geldverteilministerin, als „Fremder-Leute-Geld-Verteilministerin“. Der Einzelplan von Frau Thoben entspricht zunehmend einer verlängerten Haushaltsstelle des EU-Strukturfonds, jedoch ohne eigene strukturelle Akzente zu setzen.

Sie nutzen das Geld und verteilen es im Land, um sich aus der landespolitischen Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, für die Strukturpolitik zu verabschieden. In 2007 läuft fast nichts im EFRE-Bereich, außer Wettbewerbsausschreibungen. Das dauert alles seine Zeit, keine Frage, dafür habe ich Verständnis. Daher ist EFRE in 2007 in der Warteschleife. Aber das im Haushalt veranschlagte Geld hätte man in dieser Zeit sehr sinnvoll, zum Beispiel in den Umbruchsituationen am Niederrhein zur schnelleren Stabilisierung nach der BenQ-Pleite, verwenden können, um strukturellen Brüchen nicht tatenlos zuzusehen. Das haben Sie nicht getan. 2007 verstreicht. Außer Speisen nix gewesen.

(Beifall von der SPD)

Ihnen ist aber anderes wichtig, und darüber redete in den vergangenen Tagen Herr Papke. Zum

Beispiel nehmen Sie für den EFRE-Wettbewerb Automobil aus eigenen Mitteln 1 Million € in die Hand, für Hochglanzbroschüren und Fingerfood für Ihre Imagekampagne das Dreifache, 3 Millionen €. Das meinte Herr Papke wahrscheinlich, als von einer teuren und konzeptionslosen Imagekampagne die Rede war.

(Beifall von der SPD)

Zusammenfassend: Ein Haushalt ohne eigenes Geld, ohne eigene Ideen, Sie regieren nicht, Sie verwalten nur. Das ist zu wenig; das haben die Wirtschaft und vor allem die Menschen in diesem Land nicht verdient. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! In Anspielung auf die Wortspiele des Kollegen Eiskirch kann ich zu dieser Rede nur sagen: Die Kritik am Haushalt und an Wirtschaftsministerin Thoben, Herr Kollege Eiskirch, ist haltlos, strategielos und maßlos.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Wirtschaft ist nach dem Regierungswechsel im Mai 2005 deutlich stärker gewachsen als in den Jahren zuvor unter Rot-Grün. Das Wirtschaftswachstum liegt in Nordrhein-Westfalen erstmals seit Menschengedenken wieder über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall von CDU und FDP)

Erstmals seit vielen Jahren wurde im Oktober 2007 die Grenze von 800.000 Arbeitslosen wieder unterschritten. Das sind über 260.000 Arbeitslose weniger, und das bedeutet einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um, sage und schreibe, rund 25 %. Wir haben beinahe 210.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in Nordrhein-Westfalen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Das haben wir nicht als Koalition der Erneuerung herbeigeezaubert –

(Helga Gießelmann [SPD]: Ganz sicher nicht!)

so staatsgläubig sind wir im Gegensatz zu Ihnen nicht –; das hat sich die Wirtschaft in Zeiten guter Bedingungen hart erarbeitet. Aber wir, meine Da-

men und Herren, schaffen die Rahmenbedingungen dafür, und die sind jetzt in Nordrhein-Westfalen endlich wieder positiv.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben der Wirtschaft – ganz im Gegensatz zu Ihnen – endlich wieder einen Stellenwert verliehen. Wir ermuntern die Wirtschaft, wir fördern Eigeninitiative, wir fordern auch Eigeninitiative. Wir bringen Nordrhein-Westfalen voran: Schritt für Schritt, Stück für Stück. Wir setzen das so um, wie wir es den Menschen angekündigt haben. Die Erfolge geben uns bislang recht.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Fortsetzung dieser Wirtschaftspolitik finden Sie im Haushalt 2008. Als Erstes fällt Ihnen hoffentlich auf: Die Gesamtausgaben des Landeshaushalts steigen um rund 1,5 %, die des Einzelplans 08 um rund 14 %. Kein anderer Einzelplan weist eine höhere Steigerungsrate aus. Damit stehen Haushaltsmittel von rund 1,12 Milliarden € zur Verfügung, fast 138 Millionen € mehr als 2007.

Rund 116 Millionen € zusätzliche Mittel entfallen allein auf die Gemeinschaftsprogramme mit der EU. Wir finanzieren in 2008 noch alte Programme aus und neue an. Diese Landesregierung schafft mit dem Haushalt 2008 die finanziellen Voraussetzungen für eine vollständige Einwerbung der EU-Mittel. Das ist ein Zeichen von Verlässlichkeit und politischer Stärke.

Wenn Sie, Herr Kollege Eiskirch, das mit den Worten: „Die nutzen das Geld und verteilen es im Land“ abtun, haben Sie Ihre eigene Leuchtturmpolitik der vergangenen Jahre relativ richtig beschrieben. Wir aber messen unsere Erfolge nicht daran, wie viel Geld wir verteilt und wie viele Förderbescheide wir übergeben haben, wir messen unsere Erfolge daran, wie die Wirtschaft nach vorne kommt. Das können Sie nachlesen; da waren wir nachweislich erfolgreich. Deswegen bringt es überhaupt nichts, diese Wirtschaftspolitik in dieser Art und Weise zu diskreditieren, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Uns ist wichtig, dass Fördergelder möglichst effizient eingesetzt werden. Deshalb beschreiten wir bei der Vergabe auch neue Wege. Ein Großteil der Mittel wird zukünftig im Wettbewerbsverfahren vergeben. Damit wird es zu einer deutlicheren Verbesserung bei Mitteleinsatz und Mittelverwendung kommen. Gleichzeitig tragen wir den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Mittelverwendung Rechnung.

Das geschieht im Rahmen der neuen Clusterstrategie Nordrhein-Westfalen. In 16 ausgewählten Branchen werden regionale Cluster und Netzwerke entwickelt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Bereiche, in denen wir bereits heute stark sind und die sich durch besonderes Wachstum und Entwicklungspotenzial auszeichnen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Lienenkämper, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schultheis?

Lutz Lienenkämper (CDU): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Karl Schultheis (SPD): Herr Kollege Lienenkämper, weil mich insbesondere die Schnittstelle zum Innovationsministerium interessiert, frage ich Sie: Welche Haushaltsmittel werden, wenn ich das so sagen darf, nicht dem Wettbewerb ausgesetzt?

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Kollege Schultheis, die Formulierung, welche Haushaltsmittel nicht dem Wettbewerb ausgesetzt werden, würde ich schon einmal so nicht treffen. Ich würde eher sagen: Welche Mittel werden nicht im Wettbewerb vergeben und damit nicht für nachhaltige und gute Projekte zur Verfügung gestellt?

(Karl Schultheis [SPD]: Ich übernehme Ihre Formulierung! Geben Sie mir bitte eine Antwort!)

Im Übrigen könnte ich Ihnen jetzt den gesamten Resthaushalt aufzählen. Das dauert aber zu lange. Dann wäre der Präsident vermutlich wieder richtig böse mit mir, weil ich dann die Zeit noch weiter überziehen würde. Im Übrigen komme ich gleich noch ausführlich auf die Schnittstelle zur Innovation zu sprechen.

Meine Damen und Herren, wir werden im Wettbewerbsverfahren Dinge tun, die besser schon früher effizient getan worden wären. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen planvoll fördern, Herr Kollege Schultheis. Wir werden die Vernetzung von Unternehmen mit ihren Zulieferern entlang der Wertschöpfungskette fördern. Außerdem werden wir unsere Cluster mit bestehenden internationalen Netzwerken verbinden. Dazu finanzieren wir das Clustermanagement unter maßgeblicher Finanzierung durch die Industrie degressiv.

Diese Wettbewerbsverfahren richten sich ausdrücklich auch, aber nicht nur an strukturschwa-

che Regionen. Anders als in der Vergangenheit wird es keinen Bedürftigkeitswettbewerb mehr geben. Unser Ziel ist es nicht, dass sich Regionen und Städte so schlecht darstellen müssen, wie sie irgend können, um Fördermittel zu erhalten. Vielmehr ist unsere Idee, dass sich Regionen, Beteiligte und Partner vernünftige Gedanken machen und nachhaltige, zukunftsorientierte, innovative Projekte entwickeln, die dann von neutralen Jurys mit Wettbewerbspreisen versehen werden.

Dort hinein wird das Geld dann fließen. Ich verspreche Ihnen schon jetzt: Das wird deutlich besser werden, als es in der Vergangenheit war.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Frank Sichau [SPD]: Das ist nicht zielgerichtet!)

Insgesamt werden wir in dieser Weise in den nächsten Jahren – das wissen Sie – mit der Kofinanzierung des Landes rund 2,5 Milliarden € zur Verfügung stellen.

Anders als die NRW-EU-Programme, über die ich jetzt gesprochen habe, ist die Gemeinschaftsaufgabe als wichtiges Finanzierungsinstrument für Wirtschaftsförderung auf bestimmte Regionen begrenzt. Diese Mittel kommen besonders strukturschwachen Kreisen und kreisfreien Städte nach bundeseinheitlichen Kriterien zugute. Neben dem Ruhrgebiet sind dies beispielsweise die neu hinzugekommenen ostwestfälischen Kreise Lippe und Höxter. Allerdings rechtfertigt nur die Funktion als Ausgleichsinstrument die unmittelbare Unternehmensförderung mit Zuschüssen.

Den Schwerpunkt bildet dabei – wie auch sonst in unserer Wirtschaftspolitik – die mittelständische Wirtschaft. Großunternehmen können, jedenfalls in diesem Rahmen, nur noch in konkret nachgewiesenen Ausnahmefällen gefördert werden. Die Finanzausstattung für diese Aufgabe konnte im vorliegenden Haushalt sogar noch verbessert werden.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt in der Förderung des Mittelstandes. Wir haben in Nordrhein-Westfalen über 700.000 kleine und mittlere Betriebe, die vor allem in Bezug auf den Arbeitsmarkt das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Wir setzen in vielen Bereichen der Mittelstandsförderung gezielt an – sei es mit dem Programm KMU-Investitionskapital, der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung NRW oder auch der Meistergründungsprämie NRW.

Das Handwerk behält seinen zentralen Platz in unserer Politik. Dieser ist auch gerechtfertigt; denn mit rund 165.000 mittelständischen Unter-

nehmen ist das Handwerk auch weiterhin der größte Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen.

Die Meistergründungsprämie bleibt das Herzstück unserer Politik. Sie wird landesweit bei 7.500 € belassen.

Herr Kollege Eiskirch, an Ihrer Stelle würde ich mir keine Sorgen machen, woher das Geld kommt. Ich würde eher darüber nachdenken, ob es ankommt. Es kommt an; das kann ich Ihnen sagen. An sich sind wir bei diesem Instrument ja sogar fraktionsübergreifend d'accord.

Durch zahlreiche Beratungsprogramme werden wir landesweit Neugründungen und bestehende Unternehmen unterstützen.

Alle diese Maßnahmen in unserem Land werden durch gezielte Außenwirtschaftsförderung sowie durch ein Standortmarketing unterstützt und flankiert. Das gilt insbesondere für Branchen- und Technologiebereiche, in denen Nordrhein-Westfalen bereits jetzt über Kernkompetenzen verfügt. Auch hier soll durch eine gezielte Außenwirtschaftspolitik insbesondere die mittelständische Wirtschaft gestärkt werden.

Während sich die NRW.International GmbH um das Outgoing-Geschäft kümmert, setzt sich NRW.INVEST für das internationale Standortmarketing für Nordrhein-Westfalen ein. Ausländischen Unternehmen wird rund um das Thema Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen Unterstützung gewährt.

Solche Ansiedlungen, die sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirken, werden durch eine Standortmarketingkampagne für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unterstützt. Unser Land muss sich auf den internationalen Märkten profilieren und für unseren Wirtschaftsstandort werben.

Bisher gab es kein durchgängiges Standortmarketingkonzept, das die Argumente für den Standort Nordrhein-Westfalen wirksam und zielgruppenorientiert aufbereitet und zeitgemäß medial vermittelt. Weil es so etwas nicht gab, müssen wir es jetzt machen. Sie können davon ausgehen, dass wir das genauso erfolgreich realisieren werden, wie unsere übrige Wirtschaftspolitik bislang verlaufen ist.

Alle unsere Wettbewerber um Investoren und somit um neue Arbeitsplätze werben bereits längst mit den Möglichkeiten des modernen Marketings für sich. Die meisten anderen Bundesländer sind mit entsprechenden Kampagnen auf den interna-

tionalen Märkten unterwegs. Sie statten diese Kampagnen auch mit erheblichen Mitteln aus.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich kann Ihnen nur raten, sich ein Beispiel an Rheinland-Pfalz zu nehmen. Dort gibt es seit April 2007 bis Ende 2008 eine mit 4,3 Millionen € dotierte Standortkampagne. Ziel und Titel dieser Kampagne: Rheinland-Pfalz. Wir machen's einfach.

Das Diskreditieren unserer Kampagne, die dem Standort Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen nützt, ist für mich unerträglich. Das geht in die falsche Richtung. Was wir machen, geht dagegen in die richtige Richtung. Wir stehen als größtes Bundesland nicht zurück. Wir gehen selbstbewusst ins Ausland. Wir treten selbstbewusst auf. Wir werben für unseren Standort.

Wir können auch mit guten Gründen für unseren Standort werben; denn wir haben in zweieinhalb Jahren bereits mehr geschafft als Sie in 39 Jahren davor.

(Frank Sichau [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Lassen Sie uns so weitermachen. Dann wird Nordrhein-Westfalen wiederkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 2008 für die Bereiche Wirtschaft, Mittelstand und Energie ist es auch in diesem Jahr gelungen, aus dem Einzelplan 08 einen Beitrag zur notwendigen Konsolidierung des Landeshaushaltes zu leisten und zugleich neue Akzente in der Wirtschaftsförderung zu setzen. Abgesehen von dem Beitrag des Kollegen Eiskirch scheint ja auch die SPD-Fraktion der Auffassung zu sein, dass der Haushaltsentwurf der Landesregierung ein guter Entwurf ist,

(Frank Sichau [SPD]: Das ist eine Fehleinschätzung!)

denn, Herr Kollege, weder in den Ausschüssen noch zur zweiten Lesung haben Sie auch nur einen einzigen Änderungsantrag zu diesem Einzelplan eingebracht.

(Frank Sichau [SPD]: Lohnt nicht!)

– Ja, es lohnt nicht. – Das mag vielleicht auch daran liegen, dass von dem Gesamtvolumen des Wirtschaftshaushaltes in Höhe von 1,158 Milliarden € immer noch 47 % für die Steinkohlesubvention draufgehen. Wer hat uns das eingebrockt, meine lieben Kollegen? Glücklicherweise sind aber inzwischen alle Entscheidungen zur Beendigung des Subventionsbergbaus getroffen, sodass sich dies in Zukunft ändern wird.

Meine Damen und Herren, davon abgesehen messen wir erfolgreiche Wirtschafts- und Mittelstandspolitik nicht an der Höhe der verausgabten Fördermittel. Die primäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik liegt nach unserem Verständnis darin, die Rahmenbedingungen für die Betriebe in unserem Land zu verbessern.

(Beifall von der FDP)

Das schließt natürlich nicht aus, dass wir auch Geld in die Hand nehmen müssen, um bestimmte Prozesse anzustoßen oder Entwicklungen zu befördern. Dann aber gilt es, die Fördermittel so effizient wie möglich einzusetzen. Dass das bereitgestellte Fördervolumen vollständig abgerufen wurde, war vielleicht früher in Zeiten von rot-grüner Wirtschaftspolitik ein Erfolgskriterium, für FDP und CDU dagegen zählt, was mit den eingesetzten Mitteln am Ende erreicht wird.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb haben wir auch die Meistergründungsprämie, das erfolgreichste Förderprogramm des Landes, auf eine sichere finanzielle Basis gestellt. Alle Anträge auf Gewährung der Meistergründungsprämie werden bewilligt. Im laufenden Jahr 2007 werden wir den Rekordwert von voraussichtlich 800 Handwerksbetrieben erreichen, die in den Genuss der Prämie von 7.500 € kommen. Pro Förderfall werden durchschnittlich fünf Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen bzw. gesichert. Dies zeigt, dass wir es hier mit einem äußerst effizienten und kostengünstigen Förderprogramm zu tun haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Dem Ziel, mit knappen öffentlichen Fördermitteln die größtmöglichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte hervorzurufen, dient auch die neue Clusterstrategie des Landes. Wir haben Schluss gemacht mit der Förderpolitik nach Gießkannenprinzip. Stattdessen werden die Fördergelder nun landesweit im Wettbewerb um die besten Ideen und Projekte vergeben und nicht im Wettbewerb um die höchsten Arbeitslosenquoten.

Die tragende Säule der zukünftigen Förderpolitik des Landes ist das NRW-EU-Ziel-2-Programm,

das die Europäische Kommission bereits im Juli dieses Jahres als eines der ersten Programme genehmigt hat. Auch daran können Sie erkennen, dass die Landesregierung zügig und effektiv ihre Arbeit macht. Für die Förderperiode bis 2013 stehen mit dem neuen Programm insgesamt rund 2,5 Milliarden € zur Verfügung. Für diese Mittel haben wir drei Schwerpunkte definiert:

Erstens. Wir wollen die unternehmerische Basis in Nordrhein-Westfalen durch Maßnahmen zur Modernisierung der vorhandenen Unternehmen und zur Erhöhung der Zahl der Existenzgründungen stärken.

Der zweite Schwerpunkt besteht in der Förderung von Innovationen und der Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft. Hier geht es unter anderem darum, Innovationsprozesse zu unterstützen und die Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationspotenziale in den Unternehmen und den Regionen zu stärken.

(Beifall von der FDP)

Das dritte strategische Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung. Insbesondere im Ruhrgebiet, aber auch in anderen industriell geprägten Landesteilen wie zum Beispiel dem Bergischen Städtedreieck, das ja lange hier vergessen wurde, sollen strukturelle Entwicklungshemmnisse beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, insgesamt sind wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel-2-Programm inhaltlich bestens aufgestellt. Die erforderliche Kofinanzierung ist gewährleistet. Durch das Wettbewerbsprinzip bei der Vergabe der Mittel werden die geförderten Projekte ein hohes Qualitätsniveau erreichen.

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren arbeitet die Koalition aus FDP und CDU mit Hochdruck an der marktwirtschaftlichen Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Die wirtschaftliche Trendwende ist geschafft, weil die schwarz-gelbe Landesregierung die Weichen richtig gestellt hat.

Das sage nicht ich, meine Damen und Herren, sondern das sagt der Präsident der Arbeitgeberverbände in Nordrhein-Westfalen, Horst-Werner Maier-Hunke, in seiner Halbzeitbilanz, und er hat recht.

Bei den Arbeitslosenzahlen haben wir im vergangenen November ein Sechsjahrestief erreicht, die wenigsten Arbeitslosen seit sechs Jahren.

Bei den Unternehmensinsolvenzen liegen wir in den ersten neun Monaten dieses Jahres um

26,6 % unter dem Wert von Rot-Grün im Jahre 2005. Diese positiven Entwicklungen sind nicht alleine dem bundesweiten Aufschwung geschuldet. Nordrhein-Westfalen holt im Vergleich zu den übrigen Bundesländern erkennbar auf. Im ersten Halbjahr 2007 lag die Wachstumsrate in Nordrhein-Westfalen mit 3 % über dem Bundesdurchschnitt von 2,9 %.

(Beifall von FDP und CDU)

0,1 % hören sich nicht viel an. Aber in der Vergangenheit haben wir das Wachstum auf Bundesebene immer gedrosselt. Nun gehört Nordrhein-Westfalen mit zu den Motoren.

Der NRW.BANK.ifo-Index, der das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft wiedergibt, lag im vergangenen Monat erneut über dem Bundesdurchschnitt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Aber in der Dynamik unterdurchschnittlich!)

Nach dem jüngsten Ranking – Herr Kollege Eiskirch, hören Sie gut zu – der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ gehört Nordrhein-Westfalen neben Bayern und Hessen mittlerweile zu den gründungsfreundlichsten Bundesländern. Da frage ich Sie, lieber Kollege Eiskirch, wie das zu den Ausführungen passt, die Sie eben gemacht haben.

Meine Damen und Herren, das zeigt, Nordrhein-Westfalen hat den Anschluss an die wirtschaftsstärksten Bundesländer in Deutschland gefunden. Der Mittelstand, die Handwerker, die Einzelhändler, die Freiberufler haben wieder Vertrauen in den Standort Nordrhein-Westfalen gefasst.

(Beifall von der FDP)

Das hängt entscheidend damit zusammen, dass wir auf die Kreativität, Stärken und Fähigkeiten der Menschen und der Unternehmen setzen.

Damit sich Wachstum und Beschäftigung entwickeln können, geben wir der Wirtschaft die Freiheiten zurück, die ihnen der Staat in der Vergangenheit genommen hat. Nordrhein-Westfalen ist deshalb wieder zu einem Land der neuen Stärken und Chancen geworden.

(Beifall von der FDP)

So haben wir zum Beispiel aus dem Ladenschlussgesetz des 19. Jahrhunderts ein Ladenöffnungsgesetz gemacht.

(Beifall von der FDP)

Jetzt entscheiden die Händler in Nordrhein-Westfalen selbst, wann sie verkaufen, und die

Verbraucher, wann sie einkaufen wollen. Diese neuen Freiheiten kommen an. Nach einer gestern veröffentlichten Forsa-Umfrage wünscht sich rund die Hälfte der Deutschen die Gelegenheit zum Einkaufsbummel an den Adventssonntagen; bei den 18- bis 29-Jährigen waren es sogar 62 %. Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund halte ich die NRW-Regelung, dass jeder Verkaufsstandort einen der vier Adventssonntage für den Verkauf nutzen kann, für äußerst gelungen.

Meine Damen und Herren, ungemein wichtig für den Mittelstand und das Handwerk in Nordrhein-Westfalen war die Reform des Gemeindewirtschaftsrechts. Jetzt gibt es klare Grenzen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und neue Freiräume für Wachstum und Beschäftigung in der Privatwirtschaft. Die mittelständischen Betriebe in Nordrhein-Westfalen haben erkannt, dass sich die schwarz-gelbe Koalition nicht nur in Sonntagsreden für ihre Belange interessiert, sondern auch konkrete Maßnahmen zugunsten des Mittelstands ergreift.

Dazu gehören auch die Mittelstandspakete der Landesregierung. Das vierte Paket ist am Freitag letzter Woche im Kabinett verabschiedet worden. Es enthält zum Beispiel mit dem Mikrodarlehen der NRW.BANK ein neues Angebot für Kleinstgründer, denen trotz guter Geschäftsideen der Weg zum Kapitalmarkt oftmals versperrt ist.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch ein Reformprojekt erwähnen, auf das wir besonders stolz sein können, nämlich den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau. Dafür hat gerade die FDP-Fraktion Jahrzehnte gekämpft. Der Bundesrat hat in der letzten Woche das Steinkohlenfinanzierungsgesetz beschlossen und damit den Weg für die Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus freigemacht. Der Ausstiegsbeschluss ist somit endgültig und unumkehrbar. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Lienenkämper, lieber Herr Brockes, vielleicht machen Sie es ein bisschen kleiner, ein bisschen bescheidener. Sie kommen mir manchmal nicht wie die Koalition der Erneuerung vor, sondern eher wie die Koalition des Wehrauchs.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jeder von uns freut sich, dass wir „nur“ 800.000 Arbeitslose haben. Es sind 800.000 zu viel. Aber wenn es deutlich weniger werden, kann man sich nur darüber freuen.

Sie sagen: Wir schaffen die Rahmenbedingungen. Aber der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist auf Prozesse zurückzuführen, die in der ganzen Bundesrepublik passieren. Wenn Sie ehrlich sind – Sie sind seit zweieinhalb Jahren an der Regierung; ein bis anderthalb Jahre haben Sie gebraucht, um sich zu sortieren –, dann haben nicht Ihre Rahmenbedingungen dazu beigetragen, die Arbeitslosenzahlen zu senken. Sie haben es vielleicht nicht behindert, aber es ist ein bisschen übertrieben, wenn Sie sagen: Wir haben das geschafft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kollege Brockes, Sie haben das Ladenöffnungsgesetz angesprochen. Mir ist auch klar, dass es eine Menge Leute gibt – gerade wenn man viel arbeitet –, die froh sind, wenn sie spät-abends und sonntags einkaufen können. Das ist ein Stück weit ein Lebensgefühl. Aber dass Sie mit dem Ladenöffnungsgesetz auch das Todesurteil für bestimmte Branchen gesprochen haben, dass Sie genau wissen, dass es in den nächsten Jahren immer weniger Bäcker und Metzger geben wird, ist ganz eindeutig.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo denn?)

– Das könnte ich Ihnen reihenweise belegen, das weiß auch der Kollege Knieps. Der Existenzkampf wird immer schärfer, weil die Ketten mit ihrem großen Angebot die Kleinen an die Wand drücken. Es mag sein, dass der Prozess sowieso läuft, aber Sie haben ihn damit objektiv noch einmal beschleunigt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie geben den großen Ketten die Chance. Das merkt man überall, wenn man sich ansieht, wie viele große Läden von 8 bis 22 Uhr geöffnet haben. Es konzentriert sich weiter, und in den Innenstädten haben wir die Probleme. Die kleinen alten Familienfachbetriebe sterben dabei weg. Das ist eine faktische Entwicklung, die Sie eindeutig beschleunigt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Noch eine letzte Replik: Herr Brockes, ich will nicht groß auf die Steinkohle eingehen, da ich noch ein paar kritische Bemerkungen machen möchte. Aber wenn Sie sagen, dass die FDP

Jahrzehnte dagegen gekämpft hat, dann kann das nicht unwidersprochen bleiben. Ich habe noch immer den Genehmigungsbescheid für die letzte Steinkohleperiode vor Augen, 1997 bis 2005, unterschrieben von FDP-Bundeswirtschaftsminister Rexrodt. Er galt bis Dezember 2005.

(Ralf Witzel [FDP]: Als Ergebnis eines Kompromisses, Herr Priggen!)

Insofern machen Sie sich doch nicht mit den Jahrzehnten einen schlanken Fuß. Sie haben bis vor einem Jahr genauso die Verantwortung gehabt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, es ist doch richtig – das will ich doch anerkennen –, dass die Regierung den Kurswechsel vollzogen hat. Es ist auch richtig, dass wir anderen es zusammen nicht geschafft haben. Der Kurs stimmt, aber Sie können nicht so zu tun, als ob Sie das seit Jahrzehnten gefordert hätten. Bei Ihnen hat sich der Prozess geändert. Ich kann mich noch an Herrn Möllemann erinnern, wie er wochenweise wechselnd Versprechungen mit oder ohne Sockelbergbau gemacht hat. Das war beliebig.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Was haben Sie denn in der ganzen Zeit gemacht?)

Rexroth hat den Bescheid unterschrieben. Sie sind genauso in der großen einstimmigen Kohlefraktion von 1997 verhaftet wie alle anderen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wir haben aber jetzt 2007!)

– Herr Brockes, Sie haben eben gesagt: seit Jahrzehnten. Das meinte ich mit der Überhöhung. Sie haben die richtige Richtung eingeschlagen – das ist anerkannt –, aber Sie sind nicht seit Jahrzehnten auf der anderen Seite, sondern Sie haben die Position bis Dezember 2005 mitbestimmt. Ende der Durchsage!

(Beifall von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Ich will auf ein paar Punkte eingehen, die nach vorne orientiert sind, auch auf das Ziel-2-Programm, mit dem im Prinzip der größte Anteil der Haushaltsmittel in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Es ist richtig, wir haben – in Anführungsstrichen – „nur“ rund 1,15 Milliarden € im Haushalt. Ein erheblicher Teil geht für die Kohle weg. Der zweite große Brocken sind die Ziel-2-Mittel. Der Prozess der Transparenz für das Parlament – darauf will ich hinaus – wird immer

schlechter. Früher gab es eine Reihe von Landesprogrammen daneben, die man im Einzelnen kontrollieren und prüfen konnte. Mittlerweile verschwinden alle Landesprogramme in der Kofinanzierung des Ziel-2-Programms.

Wir müssen zusammen – zumindest als Parlament – darüber nachdenken, wie die Transparenz für das Parlament, was Einsatz Abfluss und Verwendung der Ziel-2-Mittel angeht, besser hergestellt werden kann; denn im Prinzip muss das Landesparlament im Wirtschaftsetat die Kohle bis 2018 und darüber hinaus bezahlen – das wissen wir beide; der Teil der Mittel wird noch deutlich belastend sein –, und der Rest geht in Ziel 2. Das, was übrig bleibt, ist außerordentlich minimal und für ein Parlament eigentlich nicht akzeptabel. Da müsste man zusammen überlegen.

Was aus meiner Sicht aber nicht geht – da greife ich die Kritik von Thomas Eiskirch auf –: Sie haben – das können Sie natürlich – als neue Regierung gesagt, wir machen bei den Ziel-2-Mitteln einen neuen Ansatz, wir führen Wettbewerb ein. Das ist auch nicht uninteressant.

Wenn Sie es dann aber in der Art machen, wie es uns jetzt mit 16 Clustern vorliegt, dann kommt das einer gewissen Beliebigkeit gleich. Wenn ich mir die einzelnen Bereiche angucke, fällt mir auf, dass eine klare Prioritätensetzung fehlt. 16 Cluster, um es auf Deutsch zu sagen, ist ein Stück weit die Rückkehr zur Gießkanne. Da hat sich Ressort- und Fachabteilungsdenken durchgesetzt. Dann sind die Mittel nicht klar in der Priorisierung.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sechs Leitbilder!)

– Sechs Leitbilder, 16 Wettbewerbe. Herr Brockes, das ist im Einzelnen unausgewogen. Es ist ohne klare Prioritäten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme gleich zu zwei Beispielen. Das ist aus meiner Sicht auch eine fragwürdige Ausstattung einzelner Bereiche. Wenn es in dem Wettbewerb heißt „Die besten Ideen für Energie“ – 28 Millionen € über mehrere Jahre –, dann ist das in der Prioritätensetzung angesichts der Anforderungen, die wir in dem Bereich haben, erstens zu wenig und zweitens völlig undifferenziert.

Was ist eigentlich der Wettbewerb? Wenn ich einen städtebaulichen Wettbewerb mache, muss ich klar vorgeben, was ich möchte. Ich sage beispielsweise: Ich möchte ein Verwaltungsgebäude mit soundso viel Quadratmetern, ich habe den Platz. Hier wird ein Wettbewerb um die besten Ideen gemacht, und nachher gibt es eine Art Wettbewerbswundertüte. Aber was wollen wir genau?

Wollen wir einen Wettbewerb um Speichertechnik oder anderes mit einem Mitteleinsatz, der auch nur annähernd unsere Bedeutung im Vergleich zum Bund unterstreicht, weil das wichtig ist, oder wollen wir etwas anderes?

Dabei werden – man kann es nur hoffen – ein paar gute Ideen herauskommen. Aber das ist jedenfalls zu undifferenziert.

28 Millionen für Energie: Wenn man für einen Wettbewerb „Die besten Ideen für Cluster in den Regionen“ 32 Millionen € einsetzt, dann ist das aus meiner Sicht unverhältnismäßig. Ich bin einverstanden mit innovativen Werkstoffen als Wettbewerb. Das ist ein sehr wichtiger Bereich. Aber die Relation über 70 Millionen € für innovative Werkstoffe und für die Energie 28 Millionen € passt aus meiner Sicht nicht.

Ich spreche ein Weiteres an, etwas Positives allerdings – Herr Brockes hat es gesagt –: Mikrodarlehen für Existenzgründer/innen. Sie haben ein Programm angekündigt. Wir haben das vor zwei Jahren einmal als Antrag eingebracht. Da haben Sie es noch abgelehnt. Jetzt kommt es als Programm. Als Teil des Diskussionsprozesses ist das ein richtiger und guter Schritt. Viel Erfolg dabei! Wir werden das begleiten. Es ist jedenfalls etwas Vernünftiges.

Ein paar Anmerkungen zur Standortkampagne. Ich habe damals den Slogan der sozialdemokratischen Alleinregierung bewundert: „Wir in NRW“. Das war ein genialer Slogan, das war wirklich Klasse. Das war „Wortkonditorei“ von höchster Qualität. Als ich die ersten Presseberichte gelesen habe, fand ich es einleuchtend, dass die Landesregierung an der Stelle auch einen Slogan und mehr in Bezug auf Außenwirtschaft entwickelt.

(Ministerin Christa Thoben: Richtig!)

Eine neue Landesregierung hat natürlich das Recht dazu. Das ist völlig in Ordnung, wenn das Verfahren sauber und transparent ist, wenn es nicht um den Kumpel von irgendjemandem geht, der andere Beratungen für irgendein Mitglied der Landesregierung macht und dann den Auftrag bekommt.

Ich habe gelernt: Es geht nicht nur um einen Slogan, sondern es geht um eine Gesamtkampagne. Und dass das im Rahmen der Außenwirtschaftswerbung in den Versuch, Investoren nach NRW zu holen, eingebunden ist – da habe ich Ihr „Koalitionsgekakel“ nicht verstanden –, ist für mich, ehrlich gesagt, normales Geschäft.

(Beifall von den GRÜNEN)

3 Millionen € sind auch viel Geld. Wenn man eine solche Außenwirtschaftskampagne macht, ist aber klar, dass man sie nicht umsonst bekommt. Machen Sie es sauber, machen Sie es transparent! Das, was wir im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung dazu gehört haben, hörte sich vernünftig an. Wir gucken uns das im Einzelnen an. Koalitionsintern müssen Sie es regeln.

Die letzten anderthalb Minuten möchte ich nutzen, um die beiden Änderungsanträge, die wir vorgeschlagen haben, kurz zu erläutern. Darüber wird ja abgestimmt. Wir haben zwei Änderungsanträge für den Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit Kostendeckung in demselben Einzelplan eingebracht.

Der eine Änderungsantrag bezieht sich auf die Errichtung eines Förderprogramms zum Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen. Dahinter steht unsere Grundüberzeugung. In dem entsprechenden Kabinettsbeschluss der Bundesregierung wird deutlich: Es wird ein umfangreiches Paket im Bereich Klimaschutz/Energie geben. Der Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze ist in dem Bereich ein Essential. Die Fernwärmenetze Ruhr und die Fernwärmeschiene Niederrhein wurden in den 70er-Jahren mit den ZIP-Programmen errichtet. Alle sagen uns heute: Wir kommen nicht voran, wenn wir nicht additiv in den Innenstadtkernen helfen.

Es muss unser Ziel sein, die Bundesprogramme überproportional nach NRW zu lenken. Das kann man nur schaffen, wenn man etwas dazu tut. Wir sehen in den Bundesprogrammen den Pro-Kopf-Einfluss. Da sind uns Bayern und Baden-Württemberg immer überlegen, weil sie additiv etwas tun.

Das ist auch der Gegenstand des zweiten Antrags. Wir möchten mit dem zweiten Antrag, dass die KfW-Mittel für Gebäudesanierung etwas verbessert werden. Das Beispiel gibt es auch aus Baden-Württemberg und Bayern. Das heißt, 0,5 %, 0,8 % Zinspunkte dazulegen. Der Bund hat – da waren wir uns im Ausschuss einig – die Konditionen gegenüber den letzten Jahren verschlechtert. Jetzt gibt es einen Hoffnungsschimmer. Die Erklärung der Bundesregierung, der Kabinettsbeschluss von gestern, ist nicht ganz eindeutig. Da soll noch etwas getan werden. Ob das die Konditionen verbessert oder ob es nur mehr Volumen gibt, weiß ich nicht. Aber das Ziel müsste trotzdem sein, aus NRW etwas dazuzusteuern.

Sie sagen selber immer: Wir haben bestimmte Möglichkeiten hier nicht. Aber angesichts unseres Gebäudebestandes in den dichten Besiedlungsge-

bieten, den Ballungsräumen Rhein-Ruhr, Köln und Düsseldorf, müssten wir mit der Kraft-Wärme-Kopplung mehr tun können als die ländlicher strukturierten Länder. Deswegen sind beide Anträge meiner Meinung nach an der Stelle sinnvoll. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eiskirch, dass Ernest & Young und andere, die das Klima beobachten, nicht was CO₂ angeht – sie fragen die Befindlichkeit von mittelständischen Unternehmen ab –, übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen, dass es kein anderes Bundesland gibt, in dem sich der Mittelstand so wohl fühlt wie bei uns,

(Beifall von CDU und FDP)

das kann nicht Gerhard Schröder gewesen sein. Das muss ich Ihnen sagen. Das ist logisch nicht möglich. Aber es hat Ihnen ja noch nie Probleme gemacht, das durcheinander zu bringen.

Zweite Anmerkung: Die Organisation der Ministerien, was Klimafragen angeht – Sie weigern sich, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die vor dem Regierungswechsel im Land gegolten haben; ich sage es Ihnen auch an dieser Stelle noch einmal –, hat sich nicht geändert. Die Klimaverantwortlichkeit, was das Entstehen von Klimaproblemen angeht, lag in Nordrhein-Westfalen immer im Wirtschafts- und Energieministerium. Das bleibt auch weiter so.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Dann ist es doch erstaunlich, Herr Eiskirch, angesichts der Vehemenz, mit der Sie vortragen, was Kürzungen im Weiterbildungsbereich bei Herrn Laumann angeblich bewirken, dass Sie weder zu diesem Etat, geschweige denn zu dem von Herrn Laumann auch nur einen klitzekleinen Änderungsantrag gestellt haben. Ernst meinen können Sie also nicht, was Sie hier mit Nachdruck vortragen.

(Beifall von CDU und FDP – Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Herr Priggen, da zu den Energiethemen eine zweite Runde vorgesehen ist, würde ich darauf gern im zweiten Teil eingehen.

Die Rahmenbedingungen in unserem Haushalt sind so, wie Sie natürlich aus unterschiedlicher Perspektive beschrieben haben. Es stimmt: Ein Großteil – rund 50 % – geht immer noch für die Steinkohlehilfe drauf. Das schmälert den Teil, den man für andere Dinge hat. Wir mussten auch, weil für uns der Schwerpunkt Kinder, Jugendliche, Bildung und Forschung extrem wichtig ist, Kürzungen in Landesprogrammen hinnehmen. Wir haben das, so weit es eben möglich war, ausgeglichen durch eine Kofinanzierung aus EU-Mitteln. Deshalb sind Meistergründungsprämien und zum Beispiel auch das Energieprogramm progres.NRW in alter Höhe verfügbar.

Wir haben übrigens – Herr Priggen, da muss ich Ihnen widersprechen – für das Haushaltsjahr 2008 Übersichten vorliegen, aus denen Sie entnehmen können, wie und aus welchen Ressorts die weiteren Landesmittel eingesetzt werden sollen, die zur Kofinanzierung dienen. Diese Transparenz hat es in der alten Förderperiode nie gegeben. Wir stellen sie her.

Wenn Sie sagen, Sie hätten bei den wettbewerblichen Verfahren keinen Einfluss auf die Auswahl, so entgegne ich: Die hatten Sie früher auch nicht. Null! Wir stellen jetzt sogar – wir tun das auch gern mit Ihnen im Ausschuss – von Zeit zu Zeit die Ausschreibungsbedingungen für die Wettbewerbe vor. Das ist völlig transparent. Sie können sogar die Jury bei jedem einzelnen Wettbewerb hinten in den Broschüren nachschlagen.

Früher gab es häufiger, was Sie eben beklagt haben: Man wusste nicht genau, wie Entscheidungen eigentlich zustande gekommen sind. Wir haben die Förderung neu ausgerichtet. Damit die Teilnahme an Wettbewerben nicht die begünstigt, die immer schon den Zugang zu alten Fördermitteln praktisch professionell betrieben haben, haben wir dafür Informationsveranstaltungen im ganzen Land angeboten. Sie werden angenommen. Man lässt sich beraten, um keine Chance zu verpassen.

Sechs Wettbewerbe sind bisher in Clustern ausgelobt; zwei in landespolitisch wichtigen Querschnittsthemen. Übrigens sind die Ergebnisse zur Einreichung von Projektskizzen beim Wettbewerb Create.NRW sehr hoch. Ich hatte gar nicht damit gerechnet. 117 Konzepte sind eingereicht worden. Ende des Monats endet die Bewerbungsfrist für den Wettbewerb Chemie und Kunststoff, Mitte Dezember die Frist für die Wettbewerbe Energiewirtschaft und Gründung in NRW. Ab Mitte nächsten Jahres werden wir erste Vorhaben zu den angelaufenen Wettbewerben in den NRW-Landesclustern und Querschnittsthemen bewilligen.

Wenn Ihnen die Zahl der Cluster zu hoch erscheint,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ja!)

darf ich Sie, wenn Sie das nicht wissen, darauf verweisen, dass Bayern mehr hat.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten mehr gehabt!)

– Nein, nein.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

– Sie hatten überhaupt keine, das will ich Ihnen einmal sagen.

(Widerspruch und Lachen von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer hat denn die Cluster in Nordrhein-Westfalen erfunden?)

Sie hatten ein paar Netzwerke; Sie hatten einige Plattformen. Es gab keine Cluster.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Sie wissen vielleicht nicht, was ein Cluster ist. Cluster heißt: entlang der Wertschöpfungsketten. Warum führen wir den jetzt die Debatten darüber? Dass es früher bei den Plattformen, die Sie gepflegt haben, Exklusivität für einzelne Lehrstühle gegeben hat und andere an anderen Universitäten gar nicht zum Mitmachen eingeladen wurden, scheinen Sie schon verdrängt zu haben.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Das ist ein anderer Ansatz. Sie werden das erleben. Es wird Ihnen, so hoffe ich, Freude machen, hinterher an den Ergebnissen teilzuhaben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hoffentlich fließt Geld ab!)

Herr Priggen, ich kann Ihre Einschätzung eines Todesurteils für bestimmte Branchen durch die Ladenöffnung nicht teilen. Der Strukturwandel im Einzelhandel ist in den letzten 60 Jahren bei den gültigen alten Ladenschlussregelungen in einer Dramatik abgelaufen, die Sie gar nicht beschleunigen können.

Leute, die sich mit Strukturperspektiven im Einzelhandel befassen, kommen wegen der Alterung der Bevölkerung zum Beispiel wieder zu sehr positiven Einschätzungen von wohnortnahen Versorgungsstrukturen. Dabei gibt es Gegenbewegungen, die Chancen auch für Branchen eröffnen, die Sie gerade genannt haben. Das so eindeutig zu formulieren, scheint mir nicht richtig.

(Widerspruch von der SPD)

Stolz sind wir allerdings – das will ich nicht bestreiten – auf die Mittelstandspakete und auf nachweisbare Schritte zum Bürokratieabbau, zum Beispiel auf die Rückübertragung bestimmter Zuständigkeiten in die wirtschaftliche Selbstverwaltung, der Sie so sehr misstraut haben, dass Sie immer gemeint haben, alles müsste durch Beamte erledigt werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir haben auch die Kammern gefördert!)

– Man braucht keine Kammern zu fördern. Alle Startercenter laufen ohne öffentliche Förderung, weil wir mit ihnen vernünftige Verabredungen getroffen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können sich Wirtschaftspolitik immer nur als Geldausgeben vorstellen. Das ist der Unterschied. Eindeutig!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Echauffieren Sie sich nicht so! Das stimmt doch nicht!)

– Wissen Sie, wenn Sie im Gegensatz zu 15 anderen Bundesländern in die Handwerksorganisation so wenig Vertrauen haben, dass Sie die Eintragung in die Handwerksrolle aufgrund von Ausnahmen auf jeden Fall bei der Bezirksregierung lassen wollen,

(Frank Sichau [SPD]: Richtig, richtig!)

weil Sie meinen, die anderen würden sich nicht nach Recht und Gesetz richten, ist das Misstrauen. Das haben wir geändert.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Herr Priggen, ich bin sehr einverstanden, die Frage nochmals zu debattieren, wie die Wettbewerbe ausgestattet sein müssen und ob der erste Aufschlag der einzige ist. Unsere Förderperiode läuft länger. Wir haben gesagt, man lernt auch dabei. Das ist ein neuer Ansatz. Wir werden schauen, ob die Schwerpunkte in allen Fällen richtig waren oder ob man auch dazulernen kann. Da bin ich völlig offen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Zur Standortkampagne werde ich in der Fragestunde mit großem Genuss etwas vortragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen

mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung dieses Teilbereichs sind.

Ich eröffne dann die Beratung über den **Teilbereich „Energie“**.

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Leuchtenberg das Wort.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Haushaltsdebatten sind natürlich immer Generaldebatten. Das ist gestern schon mehrfach gesagt worden, und das gilt auch für die Energiepolitik.

Der Befund nach der ersten Hälfte Ihrer Regierungszeit ist vernichtend. Die erste Hälfte Ihrer Regierungszeit sind für Nordrhein-Westfalen energiepolitisch verlorene Jahre.

(Beifall von der SPD)

Ihre bald ablaufende Regierungszeit ist geprägt von Verhinderungspolitik und von leeren Versprechen.

Einige Beispiele zu Ihrer Verhinderungspolitik!

Der Windenergieerlass: Dieser Erlass der schwarz-gelben Landesregierung behindert nicht nur den Neubau von Anlagen, sondern er verhindert sogar den Austausch von Altanlagen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Er verhindert Investitionen, und er schafft keine neuen Arbeitsplätze. Abwanderung von Unternehmen und Neugründungen, zum Beispiel in Sachsen, sind die Folge.

Nordrhein-Westfalen fällt im Ländervergleich immer weiter zurück. Investoren werden vertrieben. Der Anteil Nordrhein-Westfalens am Neubau von Windrädern ist in Deutschland von 2004 bis 2006 von 11,3 % auf 7,5 % eingebrochen. Hier hat der Bauminister und nicht das Wirtschaftsministerium die Richtung vorgegeben.

Mit seiner Aussage, Windenergie kaputtzumachen, hat er allerdings die falsche Richtung vorgegeben. Was macht die FDP an dieser Stelle? Die FDP drückt bei dem Thema mit Sprachschöpfungen wie „Windindustriemonster“ ihr besonderes Politik- und Umweltverständnis aus. Dies ist wenigstens klar und ehrlich, aber genauso falsch. Dies ist die falsche Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die zuständige Energieministerin spielt bei diesem Thema keine Rolle. Sie scheint hier wie in der gesamten Wirtschaftspolitik keine Meinungs-

führerschaft zu haben. Dies hat sogar in der letzten Woche die FDP gemerkt.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Beispiel anführen: Das chaotische Regierungshandeln der schwarz-gelben Landesregierung behindert die Nutzung der Erdwärme und verunsichert mögliche Nutzer. Erst kommt die Vervielfachung der Genehmigungsgebühr für Wärmepumpenanlagen durch Erlass des Umweltministeriums vom 30. März 2007, dann folgen die hilflosen Versuche, dies im Landeswassergesetz zu reparieren.

Gott sei Dank werden wir uns damit hier im Landtag noch einmal beschäftigen müssen; denn inzwischen haben auch die Koalitionsfraktionen ihren Fehler eingesehen und zumindest mit einem Änderungsantrag versucht, die Genehmigungsverfahren zu reparieren und die Erlaubnisdauer auf 25 Jahre heraufzusetzen. Die Koalition folgt hier unseren Verbesserungsvorschlägen und korrigiert damit den groben Unfug, der im Gesetzesentwurf der Landesregierung stand.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Hier zeigt sich: Die Landesregierung ist noch nicht einmal in der Lage, ein handwerklich vernünftig gemachtes Gesetz auf den Weg zu bringen – vom Inhalt ganz zu schweigen.

Dieses Beispiel zeigt aber noch eines: Bei der Abstimmung von Verordnungen und Gesetzentwürfen zu erneuerbaren Energien, die zumeist noch die Behinderung des Ausbaus zur Folge haben, spielt die Energieministerin des Landes Nordrhein-Westfalen keine Rolle. Entweder wurde sie im Kabinett einfach überstimmt – das wäre schlimm – oder sie hat noch nicht einmal gemerkt, was der Umweltminister da anrichtet, was noch viel schlimmer wäre.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein weiteres Thema ansprechen, nämlich den Wettbewerb auf den Strommärkten. Wir brauchen dringend mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten: nicht durch rückwärts gewandte Politik pro Atomkraft, sondern durch echten Wettbewerb.

(Beifall von der SPD)

Dennoch bekämpft die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Gemeindeordnung die Einzigen, die den Oligopolen im Energiewettbewerb Paroli bieten könnten, nämlich die Stadtwerke. In der Debatte um die unsinnige Verschärfung der Gemeindeordnung zulasten der Stadtwerke spielt die Energieministerin allerdings auch wieder keine

Rolle. Diese Debatte wird ganz allein von der FDP dominiert.

Ein weiteres Beispiel zur Durchschlagskraft der Ministerin sind die Versuche Nordrhein-Westfalens, an der Anreizregulierung im Bundesrat etwas zu verändern. Sie scheiterten an den dortigen schwarzen Mehrheiten.

Offensichtlich spielt bei einer solchen Frage das Energieland Nordrhein-Westfalen und die Ministerin unter den CDU-Ländern keine Rolle mehr. Wie sollte sie auch! Die Ministerin findet ja noch nicht einmal in den CDU-geführten Kommunen Gehör. Investitionen, Kraft-Wärme-Kopplung, sichere Arbeitsplätze, mehr Wettbewerb, günstigere Preise für Kunden werden durch CDU-Mehrheiten wie jetzt in Krefeld verhindert. Hier blockiert Lokalpolitik sinnvolle Investitionen. Was macht die Landesregierung an dieser Stelle? Was macht die CDU-Landtagsfraktion? Sie zuckt mit den Schultern, und das war's dann.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich möchte natürlich auch einen Blick auf die Haushaltszahlen werfen. Im Vergleich zum Haushalt 2006 haben Sie aus den bekannten Gründen die Ausgaben für die Steinkohle um insgesamt 90 Millionen € verringert. Sie haben immer versprochen, die frei werdenden Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Aber auch hier: Versprochen – gebrochen. Nichts ist an der Stelle passiert. Der Einzige, der profitiert, ist der Finanzminister.

Auch die Hoffnung, dass diese eingesparten Mittel für die nachhaltige Umgestaltung der Energieversorgung aufgewendet werden, wird durch den Haushaltsentwurf der Energieministerin enttäuscht. Zu Recht stehen auf Ihrer Internetseite die erneuerbaren Energien unter dem Titel „Zukunftsenergien“. Genau hier müssten sich dann ja die eingesparten Kohle-Millionen finden. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Das REN-Programm wurde weiter gekürzt.

(Ministerin Christa Thoben: Das ist Quatsch!)

Im Gegensatz zum vorletzten Jahr haben wir es nahezu mit einer Halbierung der Mittel zu tun. Bei erneuerbaren Energien wird also genau wie bei der Kohle massiv gekürzt. Dabei werden insbesondere Investitionszuschüsse an private und öffentliche Unternehmen und die Beratungsleistungen der Energieagentur drastisch reduziert.

(Ministerin Christa Thoben: Was?)

Von einer Umschichtung eingesparter Kohle-Millionen ist keine Spur im Haushalt zu finden. Auch hier konnte sich die Energieministerin offen-

sichtlich nicht im Kabinett durchsetzen. Dies alles ist keine zukunftsgerichtete Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, schwarz-gelbe Haushaltspolitik im Bereich Energie bedeutet: zurück in die Vergangenheit, weit weg von den Menschen. Deshalb werden wir den Einzelplan 08 auch ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Leuchtenberg. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Kapitel Bergbau und Energie ist im Haushalt ein sehr schmales geworden. Angesichts des Zeitrückstands in der heutigen Debatte könnte ich es mir eigentlich ganz einfach machen und drei Zahlen nennen und wäre fertig.

Allerdings hat mich Kollege Leuchtenberg schon ein kleines bisschen gereizt, in der Sache etwas zu sagen. Er hat nämlich auch gesagt: Haushaltsdebatte ist Generaldebatte. Deshalb will ich zur Generaldebatte in der Energiepolitik doch ein paar Anmerkungen machen.

Lieber Kollege Leuchtenberg, dieses kleine Haushaltskapitel Bergbau und Energie erhält wie ein Blitzlicht das ganze Elend sozialdemokratischer Misswirtschaft und Klientelpolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier wird auf wenigen Seiten deutlich, dass die Sozialdemokraten jahrzehntelang

(Edgar Moron [SPD]: Haben Sie keine Argumente?)

die Ressourcen nicht nur des Ruhrgebietes, sondern des ganzen Landes verschwendet haben – jetzt sage ich es einmal hart –, nur um die Gunst des Bergbaumilieus und damit Wählerstimmen zu kaufen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Kollege, Sie reden Unsinn!)

Darunter musste das ganze Land leiden.

(Edgar Moron [SPD]: Und dafür haben uns die Menschen 39 Jahre lang gewählt, und sie haben uns die absolute Mehrheit für solch eine Politik gegeben!?)

Ich sage es Ihnen ganz hart: Das hat es so nur bei Ihnen gegeben. Das hat den Menschen im Land nicht gut getan, und deshalb wird es in ferner Zukunft – im historischen Rückblick – eine der ganz großen Leistungen der Regierung Rüttgers gewesen sein,

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Und da wollen Sie eine ganz große Rolle spielen!)

dass sie diesen Unfug beendet hat.

(Edgar Moron [SPD]: Das entscheiden nicht Sie! Das entscheidet die Geschichte!)

– Sie können schimpfen, aber Tatsache ist: 128 Milliarden € haben Sie seit den 60er-Jahren in einem großen schwarzen Loch versenkt, ohne dem Land oder der Region nachhaltig Perspektive zu geben.

(Frank Sichau [SPD]: Es ist nachweislich falsch, was Sie sagen!)

Das ist schlimm genug. Aber noch schlimmer ist, dass Sie diesen Unsinn am liebsten fortsetzen möchten, und zwar gegen den Rat neutraler Fachleute.

Ich darf beispielhaft, Frau Präsidentin, aus der Stellungnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung – dieses kommt ja mitten aus dem Pott – zum aktuellen Steinkohlefinanzierungsgesetz zitieren:

(Frank Sichau [SPD]: Das sind die wahren Fachleute!)

„Die Förderung jeder weiteren Tonne heimischer Steinkohle ist nicht nur mit keinerlei wirtschaftlichem Mehrwert verbunden, sondern sowohl ökonomisch wie auch ökologisch schädlich. Neben zusätzlichen Beschädigungen von Gebäuden und erheblichen Verlusten an privatem Grundstücks- und Immobilienvermögen ist der Aufschluss neuer Lagerstätten ... mit erheblichen Emissionen an Treibhausgasen wie Kohlendioxid ... und dem besonders klimawirksamen Methan in Form von Grubengas verbunden.“

Weiter erklärt das RWI – sicherlich keine ganz dumme Einrichtung –:

(Frank Sichau [SPD]: Ganz dumm sicherlich nicht!)

„Durch den Verzicht auf einen heimischen Abbau könnte nach unseren Berechnungen jährlich beinahe ein Viertel der CO₂-Emissionsreduktionen erbracht werden, die der Industrie und dem Stromerzeugungssektor im

Rahmen des CO₂-Emissionshandels in der 2. Handelsperiode (2008-2012) auferlegt wurden.“

Meine Damen und Herren, die Aufgabe von Energiepolitik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen besteht doch darin, preiswerte Energie bereitzustellen, Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen. Und das alles, liebe Genossen und Genossen,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Na, na, na! Was ist das denn? – Edgar Moron [SPD]: Aus Ihrem Mund ist das eine Beleidigung!)

wird durch eine Revision des Kohleausstiegs gefährdet, von der Kurt Beck, Hannelore Kraft und offensichtlich auch Sie immer noch träumen. Schon aus diesem Grund dürfen Sozialdemokraten bis auf Weiteres in Nordrhein-Westfalen nicht mehr regieren.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Abwarten! Noch zweieinhalb Jahre! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie lassen nach!)

Vor dem Hintergrund der Klimadebatte, die wir zurzeit führen – ich glaube, hier wird mir Kollege Priggen Recht geben –, darf man überhaupt nicht daran denken, dass wir bis 2018 nochmals 38 Milliarden € an Steinkohlesubventionen verpulvern. Und für unsere eigentliche Aufgabe, die wir gemeinsam erkannt haben, ist praktisch nichts da. Das Geld ist fort. Man kann es nur einmal ausgeben. Das Geld ist weg.

Im Haushaltskapitel Bergbau und Energie sind insgesamt 560 Millionen € veranschlagt. Davon entfallen 540 Millionen € oder 96,4 % auf Steinkohlesubventionen und 7,5 Millionen € auf Pflichtaufgaben der Atomaufsicht, und lediglich 11,8 Millionen € oder 2,1 % stehen über das „Programm für rationelle Energienutzung, regenerative Energien und Energiesparen“ – abgekürzt: progres.NRW – zur Verfügung, um den Energiemix in Nordrhein-Westfalen millimeterweise zu verändern. Das ist etwas langsam; das räume ich ein.

Bei diesem Programm geht es um die energie-technische Entwicklung und Demonstration neu entwickelter Techniken, die Markterschließung entwickelter Techniken, Energiekonzepte und zwar um den European Energy Award für Kommunen, um Branchenenergiekonzepte – da die Probleme in den einzelnen Branchen durchaus ähnlich sind, kann man sich auf Branchen konzentrieren –, um die EnergieAgentur.NRW sowie um die fachliche Begleitung und Bewertung von Maßnahmen und Projekten.

Programmschwerpunkte sind energieeffizientes und solares Bauen, Bioenergie, Brennstoffzellen-

und Wasserstofftechnologien, Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft, moderne Kraftwerks- und Netztechniken sowie um Fotovoltaik.

Meine Damen und Herren, ein Mehr an Umsteuern können wir uns aufgrund der der sozialdemokratischen Steinkohlefixierung des Landes noch nicht leisten. Ich sagte es schon: Das Geld ist weg. Wir sind finanziell ausgeblutet.

Doch eines steht fest: Dieses Programm, das die Ministerin hier vorgestellt hat und vom Haushalt begleitet sehen möchte, ist intelligent, absolut kompatibel zum soeben vorgestellten Klimapaket der Bundesregierung, und – das gebe ich zu – es muss dringend höher dotiert werden, als es zurzeit dotiert ist. Das wiederum würde umso schneller gehen, je rascher wir uns von den unsinnigen Steinkohlesubventionen trennen. Für eine nachhaltige Entwicklung müssen wir die Energieinfrastruktur einschließlich der Netze modernisieren, die Energieproduktion dezentralisieren und die Energieforschung intensivieren, und zwar ohne ideologische Scheuklappen.

Ehe erneuerbare Energien ausreichend leistungsfähig, bezahlbar und auch grundlastfähig sind, brauchen wir im Interesse der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, aber auch im Interesse sicherer Arbeitsplätze in unserem Land Hochleistungskohlekraftwerke, Herr Kollege Priggen, die aufgrund ihres hohen Wirkungsgrades den CO₂-Ausstoß deutlich, nämlich um ein gutes Drittel, mindern. Ihr Einsatz – das will ich auch in aller Deutlichkeit sagen – setzt natürlich voraus, dass alte Kapazitäten wenigstens in gleichem Umfang abgeschaltet werden. Einspareffekte kommen obendrauf. Das gilt für Stein- und Braunkohlekraftwerke gleichermaßen.

Ich möchte Sie, Frau Ministerin, ausdrücklich darin bestärken, in dieser Beziehung gegenüber den Stromerzeugern konsequent einen harten Kurs zu fahren. Es geht nicht, dass wir zwar gesagt bekommen, dass die Energieeffizienz bzw. die Minderung des CO₂-Ausstoßes durch neue Kraftwerke gesteigert würden, dass aber alte und neue Kraftwerke parallel nebeneinander laufen. Das kann so nicht sein.

Meine Damen und Herren, wenn wir mit dem Klimaschutz Ernst machen wollen, dann brauchen wir zusätzlich eine rasche Anwendungsreife der Clean-Coal-Technologie – von ihr haben wir immer so viel gehört; hoffentlich klappt es –, einen Durchbruch in der Solar-, Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik, mehr Transmutations- und Fusionsforschung, ausgebaute Endlager, längere Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke und mög-

lichst die Entwicklung von Reaktoren, die inhärent sicher sind.

Was wir nicht brauchen – das ärgert mich in den letzten Wochen –, Herr Kollege Priggen, ist der von den Grünen geplante Energiegroßkonflikt, wie das zumindest Ihre Landesvorsitzende gesagt hat. In dieser Situation kommen wir mit einem Energiegroßkonflikt ganz bestimmt nicht weiter.

Lassen Sie uns die knappen Ressourcen auf die Umsetzung eines vernünftiges Energiekonzeptes konzentrieren, das die Wirtschaftsministerin im Frühjahr vorstellen wird. Lassen Sie uns dieses Konzept dann gemeinsam optimieren! Die Weichen sind mit diesem Haushalt gestellt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Debatte um die Energiepolitik die Gelegenheit ergreifen, das, wie ich finde, dringendste Problem der nordrhein-westfälischen Energieversorgung zu thematisieren.

Die Zukunft Nordrhein-Westfalens als bedeutendstes industrielles Zentrum Europas wird sich in den kommenden fünf Jahren entscheiden. Die Bundesrepublik ist nicht zuletzt aufgrund der historisch gewachsenen Struktur Nordrhein-Westfalens das einzige Land Westeuropas mit einem starken industriellen Kernbereich. Wir wollen, dass dies in Zukunft so bleibt.

Neben hoch motivierten und bestens ausgebildeten Fachkräften ist die Wirtschaft unseres Landes auf eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Infrastruktur sind die Kraftwerke unseres Landes. Ein großer Teil dieser Kraftwerke – die meisten davon auf Kohlebasis – ist bereits seit über 40 Jahren in Betrieb. Wir möchten, dass diese im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms dauerhaft stillgelegt und durch hochmoderne, effiziente Kraftwerke ersetzt werden.

Wir sind der festen Überzeugung, hierdurch der Notwendigkeit einer lokalen, nachhaltigen, allerdings auch gegenüber den Menschen in Nordrhein-Westfalen verantwortbaren Klimaschutzpolitik gerecht zu werden. Gleichzeitig können wir so die Weichen stellen, dass wir zum Wohle unseres

Landes in die Lage versetzt werden, sichere und bezahlbare Energie langfristig zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, die FDP-Landtagsfraktion verfolgt deshalb mit großer Sorge, dass es bei der Entscheidung über den Bau neuer, hoch effizienter Kohlekraftwerke vor Ort vielfach an der erforderlichen politischen Unterstützung mangelt. Ob Bremen, Ensford, Lubmin, Hanau, Mainz, Datteln oder Krefeld – überall wird die Skepsis in der Bevölkerung von den Grünen hemmungslos wie eigennützig aufgegriffen, um Stimmung zu machen und sie ins klimapolitische Nirwana zu befördern. Es ist sehr traurig, wenn – wie in Krefeld – auch andere Parteien diesen Unsinn mitmachen.

Meine Damen und Herren, am Samstag können wir uns wieder ein Bild von der zunehmenden Radikalisierung der Grünen machen, wenn sie mit der Klimaallianz in Neurath vor dem in Bau befindlichen Kohlekraftwerk aufmarschieren werden. Entsetzt bin ich insbesondere über die Art und Weise, wie hinter den Kulissen die Fäden gezogen werden und die Konfrontation mit dem Stromversorger gesucht wird.

Was ich dazu am vergangenen Wochenende in der „Welt am Sonntag“ lesen konnte, verdeutlicht, mit welchen Mitteln die Grünen an den Fundamenten unserer zukünftigen Energieversorgung sägen. Unter der Überschrift „Die Antikohlekraftwerksbewegung feiert ihren ersten Triumph“ war zu lesen:

Besonders engagiert ist Grünen-Politikerin Bärbel Höhn, ehemalige Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen. Ihre Botschaft lautet: Es ist notwendig, alle rechtlichen Mittel gegen den Kraftwerksbau zu nutzen. Um die Betroffenen zu schulen, bietet Höhn im Bundestag ein Fachseminar an, auf dem Rechtsanwälte den Aktivisten juristische Kniffe vermitteln.

Das verdeutlicht, wie von 1995 bis 2005 in diesem Land versucht wurde, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu schwächen. Liebe Kollegen von der SPD, lieber Herr Prof. Bollermann, was müssen Sie in den vergangenen zehn Jahren für unvorstellbare Qualen erlitten haben!

Hier kommt übrigens auch die ganze Widersprüchlichkeit der grünen Energiepolitik zum Ausdruck. Im Landtag wird gegen die neue Gemeindeordnung gewettert, da der § 107 den Stadtwerken nach Ihrer Sicht der Dinge keine ausreichenden Entwicklungsperspektiven ermöglicht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist auch so, Herr Kollege!)

Schließen sich die Stadtwerke wie in Krefeld zusammen, um gemeinsam ein modernes Kohlekraftwerk zu betreiben, begehren sie auf und versuchen, dies mit aller Gewalt zu verhindern. Fragen Sie doch einmal, Herr Kollege Priggen, bei Trianel nach, von wem tatsächlich Gefahr für kommunale Stromversorger ausgeht!

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen schon jetzt voraus, dass Ihre kohlefeindliche Haltung zu einer Renaissance der Kernkraft führen wird. Vielleicht bewahrheitet sich tatsächlich das, was Werner Müller vor knapp drei Jahren in einem Interview im „Handelsblatt“ prophezeite. Ich zitiere:

Wenn wir die Vermeidung von Kohlendioxid ernst nehmen, werden wir irgendwann auch wieder bei der Kernenergie landen. Und die Grünen werden dann an der Spitze der Bewegung stehen.

Herr Kollege Priggen, ich verspreche Ihnen, dass wir Sie hierbei tatkräftig unterstützen werden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, für uns sind Preisgünstigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit gleichrangige Ziele der Energiepolitik.

Nordrhein-Westfalen eignet sich nicht für grüne Spielwiesen. Dafür stehen in unserem Land zu viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Eine einseitige umweltpolitische Ausrichtung und riskante Alleingänge beim Klimaschutz können wir uns nicht erlauben. Die deutsche Vorreiterrolle bei der Begrenzung klimarelevanter Emissionen darf nicht zum industriellen Exodus führen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Gut gemacht! „Industrieller Exodus“ ist ein schönes Wort!)

Andernfalls verursachen wir wie beim Kernenergieausstieg eine milliarden schwere Entwertung des existierenden volkswirtschaftlichen Kapitalstocks und laufen Gefahr, in langfristig suboptimale Energietechniken einzusteigen.

Wir müssen endlich verinnerlichen, dass CO₂ keine Ländergrenzen kennt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mensch, Herr Brockes, Sie haben Humor!)

Deshalb sollten wir das zur Verfügung stehende Kapital effizient einsetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zunächst dort CO₂ eingespart werden kann, wo es die geringsten Kosten verursacht. In diesem Sinne ist dafür zu sorgen, dass deutsche Unternehmen auch im Ausland durch den Bau CO₂-armer Anlagen kosten-

günstige Gutschriften mit der Möglichkeit nationaler Verrechnung erwerben können.

Es wäre grundfalsch und unverantwortlich, wenn man wie Sie, Herr Kollege Priggen, Unternehmen wie RWE dazu zwingen wollte, Investitionen in fluktuierende erneuerbare Energien wie die Windenergie an hierzu ungeeigneten Standorten in Nordrhein-Westfalen zu tätigen, zumal Sie an anderer Stelle nichts unterlassen, um dem Unternehmen bei der Modernisierung des Kraftwerks-parks Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Wohin eine solche Politik führt, meine Damen und Herren, hat der Vorsitzende der Deutschen Energie-Agentur, Stephan Kohler, gerade erst geschrieben. In der gestrigen „FAZ“ betont er Folgendes:

Die Realität wird dann so aussehen, dass alte, ineffiziente Kohlekraftwerke weiter in Betrieb bleiben mit ungleich höheren CO₂-Emissionen als neue Kraftwerke. Aber auch über weiter steigende Strompreise darf sich in Zukunft dann niemand mehr aufregen, denn die sind dann auf alle Fälle vorprogrammiert.

Dem, meine Damen und Herren, ist nichts mehr hinzuzufügen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und werde die nächste Rede besser zu Protokoll geben.

(Beifall von FDP und CDU – Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner hat der Kollege Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich gehe gleich phasenweise auf Herrn Brockes ein, aber ich würde gerne zuerst den grundsätzlichen Ansatz darstellen.

Bedenkt man beim Kapitel Energiepolitik, dass wir seit zweieinhalb Jahren eine neue Regierung haben – jetzt ist sie nicht mehr so ganz neu; Sie haben eben gesagt: Die Weichen im Haushalt sind gestellt –, muss man sagen: Bis das Konzept kommt, sind drei Jahre vorbei. Ich meine, man kann nur die Bilanz ziehen: Die Steinkohlenregelung ist positiv; das wird anerkannt. Das habe ich gesagt, das ist für mich jetzt erledigt. Aber zukunftsorientiert gestaltete Energiepolitik

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– nein, Herr Weisbrich, es ist nicht nur das Geld; ich sage Ihnen gleich, was es noch ist – findet im Haushalt nicht statt und findet real in der Koalition nicht statt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist eine ganz ernüchternde Bilanz, die man nach zweieinhalb Jahren ziehen kann.

Das sage ich vor folgendem Hintergrund: Wir haben noch nie eine so intensive Debatte über Energie- und Klimaschutzpolitik geführt wie im Moment. Ich kann mich nicht an eine solche erinnern. Seit meinem Studium an der TH haben wir Energiepolitik rauf und runter diskutiert. In den großen historischen Auseinandersetzungen über Garzeiler, über die Steinkohle usw. ging es immer zentral um die Energiepolitik.

Aber was haben wir dieses Jahr alles erlebt: den Weltklimaratbericht, den Stern-Report, die EU-Präsidentschaft von Frau Merkel, den Gipfel in Heiligendamm, die Entscheidung der Regierung in Meseberg; derzeit tagt in Bali der Weltklimagipfel, gestern hat das Kabinett in Berlin ein Klimaprogramm beschlossen, mit dem die Bundeskanzlerin und der Bundesumweltminister auf dem Weg zu diesem Gipfel sind. Das alles ist eine einzige Kette von Entscheidungen und von Zielsetzungen. Und wo ist da die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, wo tauchen die Koalitionsfraktionen in dieser Debatte wahrnehmbar mit positiven Akzenten auf?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da ist nichts, da ist gar nichts. Wenn Sie suchen würden, ob es in dieser ganzen Debatte ein Thema gibt, bei dem Nordrhein-Westfalen als angebliches Energieland Nummer eins dabei wäre – Fehlanzeige! Wir beraten morgen den Entwurf zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Ich kann mir die Debatte dazu vorstellen. Wir fallen hinter Baden-Württemberg zurück. Da geben die die Akzente vor. Nordrhein-Westfalen taucht nicht auf. Die Koalition ist konzeptlos. Sie schweigen bei allen konkreten Themen.

Das „Energieland Nummer eins“ wird zunehmend zur leeren Formel. Wir sind 18 Millionen Menschen. Das heißt, wir sind die Größten, was Kraftwerkskapazitäten und das alles angeht. Aber federführend sind wir bei diesen Themen nicht mehr.

Bei der Klimaschutzdebatte gibt es in NRW keine Zielmarke. Der Umweltminister hat vorhin gesagt: In der Umweltministerkonferenz sind die Beschlüsse gefasst worden, die Frau Merkel dann weiterentwickelt hat. – Das war für mich Pfeifen

im Wald. Hier ist gar nichts passiert. Hier ist nichts angeschoben worden. Als der Umweltminister gesagt hat, 30 % CO₂-Einsparung müsse sein, ist er zurückgepiffen worden.

Herr Kollege Brockes, beim industriellen Kernkomplex Nordrhein-Westfalens geht es nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um die Frage, welche industriellen Zukunftsmärkte weltweit ganz stark im Kommen sind. Das sind die Märkte für energieeffiziente Techniken, für Energieeinsparung und für erneuerbare Energien. Frau Ministerin, Sie antworten nur nach Staubsaugermanier: Jeder, der irgendwo ein reines Kondensationskraftwerk bauen will und zu Recht vor die Wand läuft, der soll nach Nordrhein-Westfalen kommen. – So haben Sie auch auf Ensdorf reagiert.

Das umfasst aber viel mehr, natürlich auch modernste Kondensationskraftwerke von Siemens, von KWU aus Mülheim und anderen. Das gehört auch dazu. Aber die Märkte gehen nach vorne im Bereich erneuerbare Energien, bei effizienten Techniken in ihrer ganzen Breite.

Da ist nichts, kein Verständnis, kein Funke bei Ihnen, dass Sie sehen, was in Nordrhein-Westfalen im Rückgang ist: natürlich die Kohleförderung. Auch unser industrieller Komplex baut in bestimmten Bereichen ab. Aber genau da liegen die Perspektiven. Wir haben im Ruhrgebiet doch schon viele Firmen, ob man Siempelkamp, Laumann oder andere nimmt, die im Bereich erneuerbare Energien neue Segmente aufbauen und auch führend sind.

Wir haben hier keine eigenen Hersteller von Windkraftanlagen; die sind alle jenseits der Grenze in Niedersachsen oder anderwärts. Aber Sie tun ja auch alles, um sie, wenn sie denn wollten, aus dem Land zu treiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Thoben sagt immer so großzügig: Wir sind dafür, dass die Bundesrepublik mit 70 % Exportanteil Weltmarktführer ist. – Aber wenn man gleichzeitig eine Politik macht, durch die man eigentlich vermittelt, jedes abgerissene Rad sei ein gutes Rad – das hat Herr Wittke zu Anfang gesagt, und das ist die konsequente Politik der Regierung an dieser Stelle –, dann kann man nicht erwarten, dass Firmen nach Nordrhein-Westfalen kommen. Dann kann man auch nicht erwarten, dass andere uns die Produkte abnehmen. Insofern ist das, was noch da ist und gehalten wird, nicht Ihr Verdienst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ministerin Christa Thoben: Aber es wächst doch!)

– Ja, es wächst. Aber warum wächst es? Es wächst durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Da bin ich den Berlinern ja dankbar. Ich hätte vor Ihrem Koalitionspartner hier mehr als Angst, dass er das kaputt machen würde, wenn er es könnte.

Es wächst, weil es von Rot-Grün eingestielt wurde und weil es – von mir aus auch auf der Basis des Stromeinspeisegesetzes noch von Bundeskanzler Kohl – weiterentwickelt wurde. Ich habe über die industriepolitischen Chancen für dieses Land geredet. Die werden wir nicht halten können, wenn wir keine Vorreiterfunktion bei bestimmten Sachen haben.

(Ministerin Christa Thoben: Die gibt es doch!)

– Die haben wir nicht!

(Ministerin Christa Thoben: Sicher!)

– Um dieses Beispiel zu nehmen: Die kostengünstigste erneuerbare Energie ist die Windkraft. Um es auf den Punkt zu bringen: Ihr unsäglicher Erlass und Ihre Linie, wonach die Höhenbegrenzung bei 100 m liegt, führen dazu, dass wir Räder bauen, die technisch auf dem Stand von vor zehn Jahren sind. Woanders werden die modernsten Räder gebaut. Die Antwort, die immer gegeben wird, es gebe hier keine günstigen Standorte, ist doch reiner Unfug. Das wissen wir ganz genau.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sorgen Sie dafür, dass die Windräder 20 m höher gebaut werden können. Dann nimmt die Leistung exponentiell zu, und dann sind die Windräder auch hier sehr gut zu betreiben.

Wie wir die Ziele der Bundeskanzlerin – nicht meiner Parteivorsitzenden, sondern Ihrer Parteivorsitzenden – ohne einen substanziellen Beitrag Nordrhein-Westfalens umsetzen wollen, wird mir keiner erklären können. Man kann das nicht schaffen, wenn sich das größte Industrieland der Republik ausklinkt.

Es ist eine Versündigung an den industriepolitischen Chancen und an den Arbeitsplätzen, Herr Brockes, wenn wir an der Stelle nicht nach vorne gehen. Nach vorne zu gehen heißt, dass hier Anlagen gebaut werden, dass hier Megawattstunden erzeugt werden und dass man sich hier in der Technik nach vorne bewegt. Man kann das nicht nur allgemein sagen, und dann soll es der Markt regeln, und andere müssen es machen. Das wird nicht laufen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

– Ich komme gleich noch zu den Kohlekraftwerken. Keine Sorge! Das lasse ich mir nicht entgehen.

Zweiter Punkt – das ist angesprochen worden –: Wo gibt es bei der Politik der Landesregierung eine Fehlanzeige? Uwe Leuchtenberg hat es gesagt: Es geht um den Wettbewerb im Strommarkt und – noch schlimmer! – im Gasmarkt.

Da gibt es eine breite Debatte, da gibt es eine Reihe von Vorschlägen. Die Monopolkommission macht den Vorschlag, zeitlich befristet keinen Neubau von Kondensationskraftwerken durch die Großen zuzulassen, damit die anderen aufholen. Der hessische Wirtschaftsminister – CDU – macht den Vorschlag, den Marktanteil der Großen zu begrenzen. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen. Die EU spricht sich für die Trennung von Netz und Erzeugung aus. Es gibt nichts aus Nordrhein-Westfalen!

(Ministerin Christa Thoben: Doch!)

– Es gibt nichts. Das Einzige, was Sie machen, ist, dass Sie gerne den Vorschlag von Herrn Glos zur Strompreiskontrolle annehmen würden. Aber was das Strukturelle betrifft, ist das Land Nordrhein-Westfalen in der Debatte nicht wahrzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich würde jetzt gerne etwas zum Neubau von Kondensationskraftwerken sagen. Herr Weisbrich, ich habe es eben zum ersten Mal gehört und habe es sorgfältig mitgeschrieben: neue Hochleistungskohlekraftwerke Ja, aber alte wenigstens im gleichen Umfang abschalten. – Das ist ein neuer Ton, und es ist, wie ich finde, eine interessante Grundlage. So konkret habe ich es noch nie zuvor von Ihnen gehört.

Wir müssen festhalten – ich gehe mal die Neubaupläne in Nordrhein-Westfalen durch –: RWE hat, um es konkret zu sagen, den Regionalrat Köln betuppt. Sie hatten versprochen, für das BoA-Kraftwerk in Niederaußem, das Bundeskanzler Schröder 2002 eingeweiht hat, 56 alte 150-MW-Blöcke abzuschalten. Sie haben ihr Versprechen gebrochen.

Was all die Standorte betrifft, an denen gebaut wird oder gebaut werden soll: In Datteln zum Beispiel wird weniger stillgelegt als neu gebaut. Es leuchtet mir doch ein, dass es ein vernünftiger Schritt ist, wenn man einen 50 Jahre alten Block durch einen neuen ersetzt, der 20 % weniger Kohle braucht. Aber wenn man wie in Ensdorf einen neuen Block baut – 1.600 MW neu – und dafür eine Anlage mit 400 MW abschaltet, leuchtet doch

ein, dass die Leute auf die Barrikaden gehen und sagen: Wir wollen den ganzen Dreck nicht haben. Ihr baut viermal so groß. Ihr ersetzt kein altes Kraftwerk. – In Lünen wollen zwei bauen: die Trianel und Steag. Dafür werden keine alten Kraftwerke stillgelegt.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch unstrittig!)

– Vorsichtig! – Für all die Neubauten in Nordrhein-Westfalen werden keine alten Kraftwerke stillgelegt. In Walsum wird nicht stillgelegt. Wenn ich die RWE in Hamm nehme: Auch da gibt es zwei große Blöcke. Es gibt keine entsprechende Stilllegung von Altanlagen.

Die Politik müsste dazu sagen: Ihr müsst die alten außer Betrieb nehmen, wenn ihr neu baut. – Aber ich weiß doch genau, was Herr Kollege Brockes dazu sagt, nämlich: Sie können das Unternehmen in der Entscheidung, welche Anlagen es wirtschaftlich betreiben kann, doch nicht politisch gängeln. Das Unternehmen muss wissen, was sich für das Unternehmen rentiert. – Insofern kann man da niemandem über den Weg trauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen. Ich bin natürlich gespannt auf Ihr Konzept, das Anfang des Jahres kommt. Das haben Sie mehrfach angekündigt. Dass Sie zweieinhalb Jahre darüber diskutieren, ist Ihnen ja zugestanden. Im ersten Jahr muss man reinkommen. Aber es hat immer wieder Ankündigungen gegeben, dann hat es die erste Runde an Aufschlägen mit Konzepten gegeben, die aber das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen. Das waren nur allgemeine Erklärungen ohne Hintergrund.

Herr Weisbrich, auch mir ist die Haushaltssituation klar. Ich weiß, dass Sie das Geld nicht drucken können. Aber es ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Vorstellungen, mit denen man nach Berlin und nach Brüssel geht. Es ist auch eine Frage des Ordnungsrechtes. Wir reden morgen über das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Da sind die Baden-Württemberger einfach mutiger und wenden das Ordnungsrecht an der Stelle an. Sie stimmen es sogar mit der Wohnungswirtschaft ab.

Da kommt von den Koalitionsfraktionen überhaupt nichts. Es müsste doch einmal ein Impuls kommen. Man müsste kreativ herangehen und fragen: Was können wir machen, auch wenn wir knapp bei Kasse sind? – Das ist ja zugestanden. Ich will mich auch gar nicht dafür aussprechen, dass Sie sich dafür endlos verschulden oder neue Schulden aufnehmen. Aber man muss fragen: Was

kann man machen, um das anders voranzutreiben?

Das, was jetzt im Haushalt steht – was von Ihnen vorgelegt worden ist –, ist nun wirklich nichts im Gegensatz zu dem, was in der energiepolitischen Debatte eine Rolle spielt und was wir tun müssten, um uns vorne aufzustellen und die neuen Märkte zu bedienen. Damit können Sie nicht reüssieren. Deswegen werden wir dem Haushalt so natürlich auch nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als Nächste hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Priggen, manchmal argumentieren Sie tatsächlich wider besseres Wissen. Ich habe Ihnen vor und nach Wirtschaftsministerkonferenzen immer wieder vorgetragen, wie wir uns auf den Konferenzen für bestimmte Beschlusslagen eingesetzt haben, was wir durchgesetzt haben und was noch nicht geklappt hat.

Ich habe das deshalb gemacht, weil ich tief davon überzeugt bin, dass Energiepolitik nicht aus der Perspektive von – wie heißen die? – Asterix und Obelix betrieben werden kann: Am Ende bin ich stolz auf ein CO₂-freies Dorf. Vielmehr ist das eine globale Aufgabe, bei der man maßstäblich die Antworten da geben muss, wo sie wirklich wirken können.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Schrittfolgen, die wir von hier aus begleiten konnten, sind teils Gegenstand des Haushalts, aber doch nicht nur. Was tun wir denn, wenn wir zum Beispiel versuchen, Standortvorsorge zu betreiben? Was tun wir denn, wenn wir mit den Beteiligten unsere Kartellverfahren durchführen, damit die Strompreise nicht wegrennen?

Wir haben uns dafür stark gemacht, dass man, wenn man schon auf Bundesebene das Wettbewerbsrecht nicht so schnell verschärft, wie das für sinnvoll gehalten wird, wenigstens für die Haushaltstarifkunden noch länger die Preisaufsicht hat.

Wir Nordrhein-Westfalen haben uns da ziemlich weit aus dem Fenster gehängt. Sie können mir daher allenfalls vorwerfen, dass ich mich im Bundesrat nicht durchgesetzt habe.

Auch was die Entwicklung auf europäischer Ebene angeht, ist die Position der Landesregierung eindeutig. Wir teilen die Einschätzung der Bundesregierung, dass das Zerschlagen von Konzernen und die Trennung von Leitung und Netz keine geeignete Maßnahme ist, um mehr Wettbewerb zu organisieren.

(B eifall von Dietmar Brockes [FDP])

Diesen Eindruck darf ich dem Verbraucher gegenüber auch nicht erwecken.

Wir verfolgen dann eher die Schrittfolge, dass sich die Großen – Gott sei Dank, kann ich sagen – allmählich mit dem Gedanken anfreunden, dass sie eine betriebswirtschaftliche Trennung von Netz und Erzeugung hinbekommen könnten, um darüber vielleicht sogar dauerhaft einvernehmlich den Ausbau der Kuppelstellen verabreden zu können.

Herr Priggen, da müssen Sie sich auch einmal entscheiden, welches Argument Sie für wichtiger halten. Mal höre ich von den Grünen den Vorhalt, die Energiekonzerne nähmen bewusst bestimmte Kapazitäten vom Netz, damit die Preise steigen. Dieses Argument ist Ihnen doch bekannt, oder?

(Reiner Priggen [GRÜNE] nickt zustimmend.)

Jetzt muss man sich aber entscheiden. Will ich, dass Kapazitäten insgesamt wachsen dürfen? Oder will ich das gar nicht mehr? Mit dieser strikten Maßnahme, wie Sie das hier jetzt bei jedem Kraftwerk fordern wollen – ich darf nur noch ein neues bauen, wenn ein altes abgeschaltet wird –, gehen Sie einen anderen Weg. Wenigstens darüber müssen Sie sich klar sein.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Nein, wir haben etwas anderes gesagt.

Auch zu Ensdorf, Herr Priggen, haben Sie mich nur zur Hälfte zitiert. Sie hätten den Zeitungsartikel auch ganz lesen können. Ich habe gesagt, wir würden gerne Ensdorf hier bauen, wenn dafür alte Kapazitäten vom Netz gingen. Aber wir müssen sehen: Kommen wir insgesamt in eine Situation, in der sich die Kapazitäten verknappen? Wollen wir das? Welches Tempo beim Ausbau von Sparmodellen, von Effizienzsteigerung, von erneuerbaren Energien glauben wir in welcher Zeitspanne realisieren zu können, damit wir darüber einen Teil der Versorgung erreichen und dann möglicherweise in einem bestimmten Umfang die ganz Großen nicht mehr brauchen?

Einige Maßnahmen haben wir im Land auf den Weg gebracht.

Wir haben uns übrigens auch in alle Fragen eingebracht, die das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Das macht man teilweise auf Arbeitsebene. Das werden Sie auch wissen. Das sind ja sehr komplizierte Gesetzgebungsvorhaben. Man versucht schon vor der Kabinettsbeschlussung auf die Referentenentwürfe Einfluss zu nehmen und zu sagen, was wir nicht für gut halten und worüber wir nicht erst im Bundesrat debattieren wollen. Gehen Sie davon aus: Wir sind durchaus imstande, da unsere Interessen einzubringen.

Nun zum Ausbau erneuerbarer Energien und zu der Frage, ob wir da etwas verpennt oder verpassen: Wir sehen drei wesentliche Elemente. Sie werden dazu im Frühjahr ein geschlossenes Energiekonzept für das Land vorgelegt bekommen. Wir sind überzeugt, dass wir ganz, ganz viel Energie einsparen können. Dafür machen wir Beratung. Wir nutzen die Energieagentur. Wir finanzieren Dinge. Wir tragen das Gebäudesanierungsprogramm in alle Richtungen des Landes. Da kommt etwas in Bewegung. Wir können das.

Übrigens gibt es ein neues Programm. Insofern ist Ihr Antrag völlig überflüssig. Die Bundesregierung hat ein neues KfW-Programm gerade für den Bereich Beratung aufgelegt.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Wir wollten das auch ursprünglich einmal aus Landesmitteln strukturieren, weil wir genauso denken. Aber das gibt es jetzt von der Bundesebene. Also brauchen wir das nicht mehr zu machen. Wir müssen es umsetzen. Wir müssen dafür Mitstreiter finden und dafür Reklame machen. Mit diesem Programm bezuschusst der Bund zum Beispiel zukünftig gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, wenn sie Beratungsleistungen für Branchenenergiekonzepte oder konkrete Sanierungsmaßnahmen haben wollen, 50 % der Beratungskosten. Das ist doch etwas. Dafür werden wir werben.

Nehmen Sie den Energiescheck! Sie tun immer so, als ob nichts passiert wäre. Die Beratungsleistungen wachsen laufend. Ihre Darstellung, was wir an Finanzen zur Verfügung stellen, stimmt auch nicht. Das neue Programm progres, das an die Stelle von REN tritt, ist nicht geringer ausgestattet. Wir können es jetzt aus EU-Mitteln kofinanzieren. Da ist mehr Geld im Pott als bisher. Aber wir haben es neu aufgestellt, weil wir meinen, dass nicht alles noch eine Subvention braucht. Vieles ist marktreif; das rentiert sich. Das ist der Unterschied. Wenn Sie das wünschen, will ich Ih-

nen gerne zu progres noch einmal vortragen, was wir nicht mehr machen und was wir stattdessen machen.

Es gibt auch, glaube ich, keinen Streit, Herr Priggen, über die Frage, ob wir mehr dezentrale Versorgung haben wollen. Aber wenn man so argumentiert – ich bin sehr dafür –, dann kommt man nicht auf einen großflächigen Ausbau wie damals zu der Zeit der großen Fernwärmeschiene, sondern man kommt auf völlig andere Konzepte. Wir haben verabredet, dass wir das zum Beispiel zusammen mit den Stadtwerken einmal prüfen, weil wir nämlich dann erst einmal wissen müssen – das gibt es bisher nicht –, wo Wärmesenken in einem Umfang vorhanden sind, dass sich kleinere Modelle von Blockheizkraftwerken lohnen. Ich kann doch nicht einfach sagen: Das wird allen vorgeschrieben. – Also: Auch da sind wir dran. Sie müssen also nicht meinen, da würde gepennt.

Jetzt komme ich zu Ihrem Lieblingsthema Wind. Es ist doch kein Zufall, dass auch die Bundesregierung beim EEG die Einspeisevergütungen onshore reduziert. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Sie loben die Kanzlerin ja immer so. Das tue ich übrigens auch aus tiefster Seele und mit großer Überzeugung, Herr Priggen. Aber die Bundesregierung will offshore die Einspeisevergütung deutlich erhöhen. Wir werden da noch spannende Debatten erleben.

Die Offshore-Windparks! Da sagen wir: Liebe Leute, dann bauen wir Kapazitäten fern von den Verbrauchsschwerpunkten auf. Wie organisieren wir den Transport? Was kostet er? Das ist überhaupt noch nicht finanziert. Das ist eine Option, die sich wunderbar anhört, aber ich habe große Sorge, dass wir uns hier in Nordrhein-Westfalen noch einmal fragen werden, ob diese Strukturen die Beiträge für eine günstige Energieversorgung sind. Wir werden wahrscheinlich eine Debatte darüber bekommen, dass keine einzige Leitung mehr passt.

Bei der Fotovoltaik wird die Förderung zurückgenommen. Das ist in Ordnung.

Ich bin nicht ganz glücklich damit – das sage ich auch dazu –, dass die Förderung für bestehende Wasserkraftwerke aufgestockt wird. Die sind ja da. Wieso muss man da Geld hinterherwerfen? Das leuchtet mir nicht ein.

Zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz: Herr Priggen, das machen wir alles. Nur: Das Gesetz ist mit der Beschlusslage im Bundeskabinett hinfällig, weil es jetzt ein Bundesgesetz gibt. Das ist konkurrierende Gesetzgebung.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Das war in dem Moment absehbar, als Frau Gönner das Gesetz auf den Weg gebracht hat. Deshalb habe ich damals gesagt: Da das auf Bundesebene läuft, ist es doch Quatsch, so etwas zu tun. – Daher müssen Sie uns Baden-Württemberg nicht als gutes Beispiel vorhalten.

Nun zu einem Punkt, an dem wir wahrscheinlich auseinander sind – egal, was wir alles erhoffen, erwarten, begünstigen und befördern: Ich nenne noch einmal mein schönes Beispiel. 800 Megawatt modernstes Braunkohlenkraftwerk durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen, bedeutet am Beispiel Mais, 10 % der Fläche Nordrhein-Westfalens mit Mais zu bepflanzen, und im Fall von Raps 30 %. Ich stelle mir die landesweiten Demonstrationen gegen diese Monokulturen schon vor.

Wir werden nicht darum herumkommen – das ist nach meiner Überzeugung die eigentliche Aufgabe auch politischer Führung –, dafür zu werben, das ein modernes Braunkohle- oder Steinkohlekraftwerk nicht ein Rückmarsch, sondern ein Stück nach vorne ist, hier und weltweit.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wenn wir da nicht mehr mitspielen können, weil uns der Mut verlässt, dann machen wir ganz, ganz große Fehler.

Wir haben jetzt hier im Land jemanden – auf den Mann setze ich sehr stark –, der von erneuerbaren Energien, besonders von Windenergie, begeistert ist und gleichzeitig mit großer Vehemenz und großem Nachdruck darauf hinweist: Wenn wir möchten, dass ganz viel erneuerbare Energie eine Chance hat, wirtschaftlich zu werden, dann brauchen wir für eine ziemlich lange Zeit noch die sicheren Kernkraftwerke. Den Mann sollten Sie sich doch wenigstens einmal ansehen. Übrigens: Es ist Herr Prof. Dr. Vahrenholt.

Allerletzte Anmerkung! Zu Bali haben wir ein ganz konkretes Projekt in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Sie lesen keine Zeitung, Herr Priggen.

(Bodo Wißen [SPD]: Ich habe aber schon mal gesehen, dass der Zeitung liest! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Der liest ständig!)

– Dann war das vielleicht die falsche Zeitung. – Auf jeden Fall: Wir haben „JIM.NRW“ auf den Weg gebracht, ein Spezialprogramm, damit kleine

und mittlere Unternehmen, für die der Weg sonst zu kompliziert ist, an internationalen Projekten, Joint Implementation, teilnehmen können. Das sind sehr konkrete Schritte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Das komplette Konzept bekommen Sie auch noch.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Teilbereich nicht vor.

Ich eröffne daher die Beratung zum **Teilbereich „Landesplanung“**.

Hierfür erteile ich als erstem Redner dem Kollegen Prof. Dr. Bollermann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Gesamtvolumen für Landesplanung im Einzelplan 08 ist mit ca. 1 Million € vergleichsweise gering. Es geht uns in der heutigen Aussprache zur Landesplanung aber auch nicht um Finanzen.

Wie im vergangenen Jahr können wir feststellen: Es gibt bisher keine Linie der schwarz-gelben Landesregierung zur Landesplanung. Landesplanerische Projekte, die Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen, haben wir nicht gesehen.

Die Koalition verfolgt scheinbar nicht mehr, was sie sich selbst vorgenommen hat. Denn, meine Damen und Herren von der CDU/FDP-Fraktion, zur Landesplanung enthielt Ihr Koalitionsvertrag zwei zentrale Ankündigungen. Ich zitiere.

Erste Aussage.

„Die noch im April 2005 vom Landtag beschlossenen Gesetze (Landeswassergesetz, Landesplanungsgesetz und Landschaftsgesetz) werden entsprechend novelliert.“

Zweite Aussage.

„Der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan wird aufgehoben.“

Erstens. Was ist aus der Novelle des Landesplanungsgesetzes geworden? – Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Landesplanung im Jahr 2007 missbraucht.

(Ministern Christa Thoben: Was haben wir gemacht? Missbraucht?)

– Missbraucht, Frau Ministerin! – Die seit 2009 geänderte Regionalplanung ist lediglich der Deckmantel für die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet. Dies ist in der Anhörung hier im Plenarsaal überdeutlich geworden. Eine Novelle des Landesplanungsgesetzes war das nicht! Kein Fortschritt! Das Versprechen wurde nicht eingelöst.

Zweitens. Wie weit ist die Regierung bei der Aufhebung des Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan gekommen? In das Landesentwicklungsprogramm wurde ein neuer neuer § 24a eingefügt. Die Folgen waren: Parteiaustritte bei der CDU in Gronau, Proteste in Köln.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Ja, Herr Kollege Hovenjürgen, Sie lachen. Es ist so. Dies zeigt: Selbst ein Minigesetz in Form eines halben Paragraphen ist handwerklich missglückt.

Im Sommer hat dann die zuständige Ministerin auf unseren Druck ihre ersten Überlegungen zur Novelle des Landesentwicklungsprogramms im Wirtschaftsausschuss dargestellt. Frau Ministerin, meine Damen und Herren, wir stellen allerdings fest: keine konzeptionelle Arbeit am Landesentwicklungsprogramm. Nach 39 Jahren Opposition und zweieinhalb Jahren Regierungsverantwortung legt die Ministerin dem Ausschuss einen Bericht zum Landesentwicklungsprogramm vor. Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus dieser Vorlage der Ministerin vom 13. November 2007:

„Wir gehen davon aus, dass wir Anfang des 2. Quartals 2008 einen Referentenentwurf der Novelle des Landesplanungsgesetzes vorlegen.“

Und weiter:

„Daran schließt sich 2009 ein breites Beteiligungsverfahren an.“

Meine Damen und Herren, im Ergebnis bedeutet dies: 2007 war für die Landesplanung ein verlorenes Jahr. 2008 ist nichts zu erwarten. 2009 wird weiter beteiligt und diskutiert. Der Landtag hat also die nächsten Jahre keinen Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesentwicklungsprogramm zu erwarten. Die Ankündigung, Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm zusammenzufassen, ist nichts als heiße Luft.

(Beifall von der SPD)

Dies alles hat mit moderner Planungspolitik nichts zu tun. Fehlanzeige bei einer sachgerechten und modernen Landesplanung für das hochindustrialisierte und dicht besiedelte Land Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren! – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bollermann. – Als nächster Redner hat der Kollege Hovenjürgen für die CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Lieber Kollege Bollermann, so ist das Rollenspiel dann wohl. Der eine muss es schwarzmalen, und meine Aufgabe ist es, Ihnen deutlich zu machen, dass wir eine Menge Licht ins Dunkle gebracht haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dann sehen Sie das rosarot!)

– Mit Rosarot habe ich es nicht so.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Mit rosaroten Schweinchen doch!)

– Wir haben heute schon so viel über Jagd gehört, dann lassen Sie uns jetzt nicht noch mit der Schlachtereier anfangen. Wollen wir uns dem widmen, was heute hier diskutiert werden soll.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber wir wissen jetzt, dass es Schönfärberei wird!)

Es geht um die Landesplanung. Ich glaube, hier ist eine Menge auf den Weg gebracht worden, Herr Bollermann. Im Gegensatz zu Ihnen meine ich, dass wir schon eine Menge eingeleitet haben.

Landesplanung fasst sich ja nicht Einzelschritten, sondern ist ein großes Getriebe. Dieses große Getriebe hat Schritte verdient. Und die haben wir eingeleitet, zum Beispiel, indem wir beim Landesentwicklungsprogramm die Landesentwicklungspläne in einem Plan zusammenführen und Doppelregelungen abschaffen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann?)

Der Landesentwicklungsplan orientiert sich insbesondere im Maße an der künftigen Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen, Kindern, Frauen, älteren Menschen und Behinderten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Soll alles noch kommen!)

Ein Ziel der Landesplanung ist, ein attraktives Lebensumfeld für die Bevölkerung zu schaffen, in dem Wohnen, Arbeit und Freizeitgestaltung in Einklang gebracht werden können. Dazu gehört, die Sanierung von unverbautem und unversiegeltem Raum sowie die Erhaltung und Regeneration von natürlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Richtige Ziele!

– Richtig.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nur, Taten müssen folgen!)

– Wissen Sie, Herr Bollermann, die Taten, die wir 39 Jahre lang gesehen haben, waren nicht ausreichend. Wir sind jetzt zweieinhalb Jahre auf dem Weg, und ich bin berührt von Ihrer Ungeduld. Wir werden der schon nachkommen.

Eine entsprechende Regionalplanung soll der Freiraumsicherung dienen und städtebauliche Maßnahmen unterstützen, zum Beispiel durch Mobilisierung noch vorhandener Baulandreserven.

Die Bauleitplanung soll verstärkt Freiraum sichern, der der Erholung, dem Sport und der Freizeit dient bzw. Bedeutung für Stadtökologie und Naturschutz hat.

Die Umsetzung des nächsten Ziels der Landesplanung, die Sicherung der Energie- und Wasserversorgung, wird mit unterschiedlichen Maßnahmen erfolgen:

Die Hochwassergefahr soll eingedämmt werden. Die Grundwasservorkommen sollen gesichert werden. Uferzonen, Talauen sollen erhalten und entwickelt werden. Überschwemmungsgebiete der Fließgewässer sollen unter Berücksichtigung möglicher künftiger Klimaveränderungen als natürliche Retentionsräume erhalten und entwickelt werden. Grundwassergefährdungsgebiete werden erfasst.

Die Energie aus der Braunkohle wird kostengünstig und langfristig gesichert. 50 % des Stroms in Nordrhein-Westfalen werden aus Braunkohle gewonnen. Dies hat besondere Bedeutung, und es wird ein weiterer Anstieg bis zum Jahre 2020 erwartet. Standorte für die Errichtung neuer Kraftwerke sind gesichert. Die stärkere Nutzung regenerativer Energien ist geplant. Die Erhöhung der Energieproduktivität ist dringend geboten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ja!)

Bei der kommunalen Planung sind Potenziale der kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung auszuschöpfen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Richtig! Wann?)

Insgesamt ist die Versorgungssicherheit unter Berücksichtigung der Ressourcen- und Umweltschonung zu gewährleisten. Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten bleiben und ein gesellschaftlicher Konsens zur Energieversorgung erreicht werden.

Im Hinblick auf das Ziel der Rohstoffsicherung sind heimische Bodenschätze für die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen von besonderer Bedeutung, wenn ihre Gewinnung wirtschaftlich darstellbar ist. Hierzu ist eine langfristige landesplanerische Sicherheit dringend erforderlich.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jawohl!)

Denn nicht zuletzt sind von der Rohstoffsicherung wichtige Wirtschaftsbereiche wie die Energie-, Bau- und chemische Industrie abhängig.

Auch der wichtige Punkt der Herstellung entsprechender Infrastruktur ist Ziel der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen. Ein umweltverträglicher Ausbau oder eine Modernisierung der Infrastruktur hilft, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Es wird eine Zunahme des großräumigen Verkehrs geben. Hierbei erfolgt die Orientierung der Raum- und Sicherungsstrukturen an den Entwicklungsachsen. Die Verdichtung der Transportpotenziale, die den ÖPNV ermöglichen, wird notwendig. Ziel ist, dem Ausbau des Bahnnetzes und der Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit den Vorrang zu geben. Der Ausbau vorhandener Verkehrswege hat dabei Vorrang vor dem Neubau. Die Schiene hat Vorrang vor der Straße.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gebieten mit überwiegend ländlicher Raumstruktur soll ein Teil der Freizeitangebote so ausgerichtet sein, dass die Möglichkeit zur touristischen und kulturellen Wochenend-, Freizeit- und Ferienerholung geboten wird – bei Sicherung der landschaftlichen Attraktivität und natürlich auch der landwirtschaftlichen Produktion vor Ort.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Stimmt alles, von der Zielsetzung hervorragend!)

Sie sehen also, lieber Herr Kollege Bollermann, dass dies ein schlüssiges, rundes Konzept ist, das die Unterstützung der Landesregierung bzw. der

Koalitionsfraktionen verdient. Ich gehe davon aus: Auch Sie können sich diesen Zielen nicht verweigern.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Hier steht: Ende der Redezeit. Ich habe versucht, möglichst alles unterzubringen. Es ist gelungen. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Schöne Ziele genannt, aber keine Daten!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, lieber Kollege. – Als Nächster spricht Herr Kollege Ellerbrock für die FDP-Fraktion.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Der macht jetzt den Regenbogen weiter! Ich dachte, Sie können noch ein paar Ziele benennen und sagen, Sie machen das im Jahr 2020!)

Holger Ellerbrock (FDP): Nein. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Thoben! Herr Prof. Bollermann, ich spanne den Regenbogen nicht weiter. Denn die facettenreiche Darstellung des Kollegen Hovenjürgen war eigentlich allumfassend. Das, was ich da gehört habe, war die kürzeste Fassung des Landesentwicklungsprogrammgesetzes der Zukunft. Der Mensch ist gut, hilfreich und edel. Das war einfach gut, und deswegen brauche ich darauf nicht einzugehen.

Die Pressemitteilungen von heute Morgen geben Anlass zu überlegen: Was machen wir bei der Landesplanung anders? In Ensdorf im Saarland sagen Bürger – nach dem dortigen Planungsrecht ist eine Befragung notwendig – Nein zu einem modernen Kohlekraftwerk.

Bei uns steht ein modernes Kohlekraftwerk am Standort Krefeld in Rede – es ist noch nicht mal in der Planung –, und Grün und Schwarz in Krefeld wollen verhindern, dass überhaupt untersucht wird, ob so ein Kraftwerk zugelassen werden kann. Es geht nicht darum: Wir wollen ein Kraftwerk, Ja oder Nein. Es soll vielmehr schon die Prüfung verhindert werden, ob das an dem Standort überhaupt möglich ist.

Wenn ich das höre, fühle ich mich an die Zeiten erinnert, als ich für die nordrhein-westfälische Landesregierung Standorte beispielsweise für Bergelhalden, Deponien, Müllverbrennungsanlagen suchte. Dabei habe ich eines gelernt: Kommunale Planungshoheit ist ein hohes Gut, das ich achte. Aber bei bestimmten Infrastrukturmaßnahmen, die über die Kommune hinaus von Bedeu-

tung sind, kann man es der Kommune nicht unbedingt aufbürden, ihnen zustimmen zu müssen. Die Kommune ist oftmals froh, den Schwarzen Peter – aus meiner Sicht politisch unverantwortlich; aber so ist das Leben – abschieben und sagen zu können: Dafür ist der Regionalrat oder die Landesregierung zuständig.

Eine solche Situation hatten wir 1972 schon einmal, als eine großindustrielle Ansiedlung am Niederrhein anstand: VEBA Orsoyer Rheinbogen. Vor Ort massiver Widerstand. Die damalige SPD-getragene Landesregierung hat für dieses damals so wichtige Zukunftsprojekt für Nordrhein-Westfalen das Planungsrecht entsprechend ändern wollen. Daraus ist letztendlich der Landesentwicklungsplan VI geboren worden.

Wir müssten uns also überlegen, Frau Ministerin, mithilfe der Landesplanung nicht nur Flächenvorsorge zu betreiben, sondern auch die Mechanismen zur Verwirklichung der Projekte einzuführen.

(Beifall von FDP und CDU)

Da können wir natürlich nicht in einzelne Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz oder den Fachgesetzen hineingehen. Wir müssen uns aber überlegen, ob wir für solch wichtige Infrastrukturmaßnahmen nicht ein Instrumentarium schaffen, mit dem wir dieses Projekt über die Flächensicherung hinaus bis zur Inbetriebnahme – bis zur Inbetriebnahme; ich sage das bewusst so deutlich – begleiten.

Das dürfte bei denjenigen auf der kommunalen Bank, die nach vorne gucken und Europa nicht nur am eigenen Kirchturm festmachen, durchaus Zustimmung finden; denn wir können es uns als Industrieland nicht leisten, so wichtige Infrastrukturvorhaben in die Beliebigkeit einer Bürgerinitiative oder eines einzelnen Gemeinderates zu stellen. Übrigens habe ich in meinem Berufsleben keinen Gemeinderat kennengelernt, der gesagt hätte: Jawohl, wir nehmen gerne eine Mülldeponie; wir nehmen gerne eine Müllverbrennungsanlage; wir nehmen gerne ein Klärwerk. – Motivierende Einflussnahme war immer notwendig.

Deswegen halte ich das für einen wichtigen Punkt, auf den man hinweisen sollte, Frau Ministerin.

Lassen Sie mich hier noch einen zweiten Punkt anbringen. Frau Ministerin, Sie haben hier einmal – wie ich finde, überzeugend – dargestellt, dass in Ihrem Haus eine enge Verknüpfung der Bereiche Landesplanung und ländliche Entwicklung vorgenommen werden sollte. Den Begriff „Kulturlandschaft“ haben Sie deutlich hervorgehoben und in

Bezug auf diese Verknüpfung betont, dass die Kulturlandschaft, der Begriff Kulturlandschaft, für die Identifikation der Bevölkerung wichtig ist. So ist beispielsweise die münsterländische Pättkes-Landschaft etwas, mit dem die Menschen dort sich identifizieren können.

Gerade in einer Zeit der Umbrüche, in der wir leben, ist es für die Menschen wichtig, dass sie sich mit ihrer Heimat identifizieren können, glaube ich. Das ist nicht nur ein Werbeträger.

Ich will noch etwas zum Begriff Kulturlandschaft sagen. Er ist sicherlich in Ergänzung zum ländlichen Raum zu sehen – mit den Entwicklungsmöglichkeiten, die wir auch in den Fachgesetzen haben.

Zur Rohstoffsicherung hat Herr Kollege Hovenjürgen schon ausgeführt. Ich würde gerne noch etwas ergänzen. Enttäuscht war ich von der ersten Reaktion meiner Kollegen von der Grünen-Fraktion, als die – auch aus Naturschutzsicht sicherlich interessante, wie mir von einzelnen Naturschützern bestätigt wird – Konzeption „Ijsselmeer an Rhein und Ruhr“ in der Presse veröffentlicht worden ist.

(Beifall von der FDP)

Dazu haben die Grünen nicht etwa „Lass uns darüber nachdenken“ oder „Was ist das?“ gesagt. Reflexartig kam sofort: Kiessteuer. Das ist irgendwas, wo ich etwas abschöpfen und abgreifen kann – ohne zu wissen, was es heißt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist denen völlig fremd!)

Das hat mich enttäuscht. Die Menschen sind aber so, wie sie sind.

Frau Ministerin, ich würde mich freuen, wenn Ihr Haus die Überlegungen zur Standortsicherung für Infrastrukturmaßnahmen mithilfe der Landesplanung aufgreifen und diesen Gedanken weiterverfolgen würde. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Feld der Landesplanung und des Freiraumschutzes gibt es in der Landesregierung eine klassische Arbeitsteilung.

Der Umweltminister als Vorsitzender der Umweltministerkonferenz macht den Schalmeispieler. Er erzählt uns, der Freiflächenverbrauch müsse drastisch reduziert werden, gründet die „Allianz für die Fläche“ und sagt, wir wollten ihn auf ein Drittel reduzieren, also in Nordrhein-Westfalen von 15 ha auf 5 ha pro Tag. – Das ist der Umweltminister.

Dann gibt es den Bauminister. Er ist hier durch eine gewisse Rüpelhaftigkeit gegenüber dem Freiflächenverbrauch aufgefallen. Als Erstes hat er die positive Regelung von Herrn Vesper aufgehoben, nach der bei Eigenheimen im sozialen Wohnungsbau nur bis 400 m² Grundstücksgröße Zuschüsse gezahlt wurden. Das war eine flächenverbrauchende Maßnahme. Ebenfalls umgehend ist die Pflicht aufgehoben worden, neue Wohnbausiedlungen an den ÖPNV anzubinden. Beide Maßnahmen kosten Freiflächen.

Die Wirtschaftsministerin – das will ich positiv anmerken – hat in Bezug auf den großflächigen Einzelhandel schnell eine Regelung gefunden. Diese Regelung haben wir vonseiten der Fraktionen auch über weite Strecken konsensual begleitet, weil es notwendig war, etwas zu machen.

Allerdings erlebe ich jetzt in Teilen etwas anderes; darauf will ich ganz klar hinweisen. So hat man beim Fachmärktezentrum Kerpen, um ein konkretes Beispiel zu nennen, den Eindruck, dass die Bezirksregierung Köln jetzt eine neue Planungskategorie erfindet, um an dem Gesetz vorbeizukommen. „Ergänzungsbereich zum zentralen Versorgungsbereich“ nennt sie das und büchst damit wieder aus der eigentlich vorgegebenen Regelung aus.

Hier wird man ganz genau darauf achten müssen, ob der eigentlich positiv zu bewertende Sinn des Gesetzes umgesetzt wird oder ob aus dem Druck der lokalen Verhältnisse heraus – und es handelt sich ja um eine Regelung von oben gegen bestimmte Wildwüchse, die unten auftreten können – unten mit Unterstützung des RPs tatsächlich etwas anderes gemacht wird.

Der Kollege Ellerbrock hat gerade ein Problem angesprochen, das aus meiner Sicht auch die GEP-99-Änderung berührt, die jetzt im Regionalrat Düsseldorf ansteht. Aus meiner Sicht ist das eindeutig fatal. Der alte GEP für den Regierungsbezirk Düsseldorf hat ganz klar bestimmte Standorte für Großkraftwerke größer 900 MW vorgesehen. Damals wurde im Text explizit die Begründung festgelegt, man wolle in der anderen Fläche kleinere, dezentrale, Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen, weil das eine sinnvolle Ergänzung sei – genau diese Zielsetzung hat man verfolgt –; aus

dieser grundsätzlich positiven Einschätzung heraus wolle man, wenn große Kraftwerke außer Betrieb gingen, auch nicht neue große Kraftwerke, sondern diese dezentralen Anlagen ersetzen.

Das ist die alte Regelung. Sie soll jetzt aufgehoben werden. An ihrer Stelle soll festgelegt werden, dass überall in Gewerbe- und Industrieflächen auch Kraftwerke gebaut werden können. Das ist ein eindeutiger Rückschritt. Statt in die dezentralen Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen zu gehen, von denen wir alle wissen, dass wir sie brauchen, wird das Ganze jetzt freigegeben und neu geregelt. – Der Kollege Ellerbrock möchte eine Zwischenfrage stellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Ellerbrock, ich öffne Ihnen das Mikrofon. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Danke schön. – Herr Kollege Priggen, stehen Sie denn auch nach wie vor dazu, dass wir im Rahmen der Konzeption Kraft-Wärme-Kopplung die Forderung erheben müssen, neben einem Kraftwerk grundsätzlich Industriegebiete auszuweisen, und planerisch dafür Sicherheit schaffen müssen?

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, klar – wenn ich das jetzt richtig verstehe. Sie müssen grundsätzlich Industriegebiete ausweisen. Ich will Sie aber nicht missverstehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie dürfen gerne eine Nachfrage stellen, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Danke. – Die Zielrichtung meiner Frage geht dahin, Sie zu motivieren, zuzustimmen, dass neben einem Kraftwerk immer ein Industriegebiet auszuweisen ist, damit man Kraft-Wärme-Kopplung nutzen kann.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Kollege Ellerbrock, wenn ich den GEP 99 richtig verstehe – und ich glaube, ich habe ihn richtig verstanden –, legt er Standorte für Großkraftwerke größer 900 MW fest. Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen mit 900 MW werden Sie allerdings nirgendwo finden. Das sind 50 MW-, 100 MW-, 200 MW-Anlagen. Da ist eigentlich schon eine Obergrenze. Größer macht auch keinen Sinn. Die sollten Sie – da bin ich ja bei Ihnen –, wenn Sie es können, neben Gewerbegebiete und in kleineren Ausführungen in die Städte setzen. Das ist doch gar keine Frage.

Die Ministerin hat ja recht: Wir werden die ganz großen Fernwärmenetze nicht bekommen. Aber dort, wo es Industrie und dichte Bebauungszonen, zum Beispiel in den Innenstädten, gibt, da kann ich Nahwärmenetze aufbauen. Und da gehört die KWK rein.

Die Sorge ist nur, dass das, was jetzt im Regierungsbezirk Düsseldorf ansteht, eine Aufweichung eines eigentlich vernünftigen Standards ist. Die Landesregierung wäre natürlich in der Lage, zu erklären, dass sie das nicht will. Aber alle Äußerungen, die ich jetzt von Ihnen höre, gehen in die gegensätzliche Richtung, nämlich in die Richtung von mehr Flächenverbrauch.

Ich frage mich, wie Sie das übereinander bekommen wollen. Die eigentlich richtige Ankündigung von Umweltminister Uhlenberg, den Flächenverbrauch auf ein Drittel herunterzufahren, muss ja durch irgendwelche ordnungsrechtlichen Maßnahmen unterlegt werden. Das passiert ja nicht von alleine. Wir alle wissen: Die gesamte kommunale Seite wird immer mehr Flächen haben wollen. Von daher vermissem ich eine Zusammenführung dessen, was die Landesregierung an verschiedenen Stellen macht. Das wird ein Teil der Aufgabe sein, die vor uns liegt. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung spricht Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesplanung steht mit einem Budget von gut 1 Million € im Haushalt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist nicht viel!)

Die Mittel werden im Wesentlichen für die externe Erarbeitung von Gutachten und Planungsgrundlagen eingesetzt. Sie enthalten auch die institutionelle Förderung des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Haushaltspolitisch ist die Landesplanung also ein Leichtgewicht.

Auf der anderen Seite wollen wir aber Vorsorge und Planungssicherheit für raumbedeutsame Vorhaben in einem ordentlichen Verfahren fortschreiben. Im Koalitionsvertrag ist deshalb vereinbart, das Landesplanungsgesetz im Sinne von Deregulierung und Bürokratieabbau zu novellieren.

Wir werden im kommenden Jahr einen solchen Gesetzentwurf vorlegen, müssen aber – das ist die Veränderung, die zu Beginn der Legislaturperiode so deutlich nicht gesehen werden konnte, Herr Priggen – warten, bis das Bundesraumordnungsgesetz geändert ist und der Bund damit von seiner im Zuge der Föderalismusreform erlangten konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch gemacht hat. Kämen wir der Novelle des Bundesraumordnungsgesetzes zuvor, könnte anschließend das Bundesgesetz Landesrecht brechen. Aus verfahrensökonomischen Gründen müssen wir als Land die Novelle unseres Landesplanungsgesetzes deshalb unter Berücksichtigung und in Kenntnis des geänderten Bundesrechts voranbringen. Die Eckpunkte dazu hatten wir Ihnen vorgetragen.

Beim bisherigen LEP wollen wir für dieses zusammengeführte Planwerk die Rechtsform der Rechtsverordnung beibehalten. Der neue LEP soll auf den Zeithorizont 2025 ausgerichtet sein. Wir werden deshalb einen Paradigmenwechsel vollziehen müssen.

Denn anders als in der Vergangenheit müssen wir mit sinkender Bevölkerungszahl rechnen. Es geht nicht mehr darum, ein rasantes Siedlungsflächenwachstum räumlich zu steuern, sondern die entwickelte Struktur zu halten.

Fortschreitende Globalisierung bedeutet einen stärkeren weltweiten Wettbewerb der Regionen. Das bundesweite Leitbild propagiert hierfür die Metropolregion Rhein-Ruhr. Wir haben, als wir im August diesen Jahres in einer Auftaktveranstaltung diese Eckpunkte aufgegriffen und dieses Leitbild diskutiert haben, festgestellt, dass es nicht möglich sein wird, ganz Nordrhein-Westfalen oder den gesamten Ballungsraum an Rhein-Ruhr im Sinne einer Metropolregion zu organisieren. Die Kooperationsbereitschaft der Kommunen würden wir dabei nach unserer Einschätzung überfordern.

Um regionale Identität zu stärken, wollen wir die aktuelle Besinnung auf die heimische Kulturlandschaft unterstützen. Die erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung wird deshalb als ein neues Thema in die Landes- und Regionalplanung eingeführt. Als Grundlage dafür haben uns die Landschaftsverbände bereits einen umfangreichen kulturlandschaftlichen Fachbeitrag erarbeitet, der auch eine Fülle von Anregungen für Maßnahmen auf kommunaler Ebene bietet.

Zurzeit werden von der Landesplanungsbehörde die verschiedenen sektoralen und fachplanerischen Ansprüche an den Raum erhoben. Im Jahre 2008 werden auf dieser Basis der konkrete

Entwurf und der europarechtlich notwendige Umweltbericht erarbeitet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Also 2009, 2010!)

– Ja. Wenn Sie es schneller können, dann sagen Sie es. Wir möchten ein ordentliches Verfahren, das hinterher getragen wird.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich messe Sie nur an den Aussagen im Koalitionsvertrag!)

– Manchmal wird man – das möchte ich gerne zugeben – in der konkreten Politik schlauer. Dann ist das geordnete Verfahren besser als etwas, was nur eine Überschrift abgibt.

(Ralf Jäger [SPD]: Das Problem ist „manchmal“!)

– Bei Ihnen passiert es gar nicht. Das ist der Unterschied.

Meine Damen und Herren, Rohstoffsicherung, Flächenverbrauch: Bei aller Bereitschaft zur Freiflächenschonung, Herr Priggen, dürfen wir nicht so tun, als ob jedes Baugrundstück – so wird ja öffentlich argumentiert – zu 100 % versiegelt würde. Wenn Sie wirklich die Bedürfnisse der Menschen mit in den Blick nehmen, dass sie nicht nur in Betonwüsten leben, sondern Grünflächen in der Nähe haben wollen, dann ist vielleicht die Reduzierung auf eine maximale Förderfläche von 400 m², die Sie hier nachträglich loben, gar nicht so intelligent.

Sie wissen, dass zum Beispiel zum Flächenverbrauch sogar das Ausbringen eines neuen Friedhofs zählt. Wir müssen die Kraft haben, auch hier zu sagen: Versiegelung heißt, da ist am Ende nur noch Stein. Damit wollen wir nur sehr sparsam umgehen. Damit bin ich einverstanden. Man sollte aber nicht so tun, als ob jedes Baugrundstück Flächenverbrauch und Versiegelung bedeutet. Die Debatte würde ich gerne mit Ihnen führen.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei der Rohstoffsicherung wollen wir uns übrigens anderen Bedarfsdeckungen als bisher üblich öffnen, nicht mehr 25/25, sondern in der Summe 30 Jahre, also 15/15.

Darüber hinaus wollen wir die Straffung und zahlenmäßige Verringerung regionalplanerischer Verfahren sowie die Flexibilisierung als Mittel räumlicher Konfliktlösung. Sie wissen, dass wir in manchen Landesteilen Konfliktsituationen geerbt haben, die seit Jahren unauflöslich schienen. Wir hoffen sehr und setzen darauf, dass wir dadurch,

dass wir ein bisschen fairer miteinander umgehen, die Konflikte lösen können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie jeweils eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock und des Kollegen Remmel?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein. Herr Ellerbrock ist sicherlich auch zufrieden, wenn ich das einmal nicht tue.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten also nicht. Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass Sie mit einer Minute und sieben Sekunden über der Zeit sind. Sie können natürlich – das wissen Sie – weiter sprechen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ja, ich weiß, aber dann wollen die anderen auch länger. Deshalb möchte ich lieber schnell zum Schluss kommen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, Entschuldigung. – Kolleginnen und Kollegen, es ist doch uns allen ein Anliegen, dass die Rednerinnen und Redner von allen verstanden und gehört werden. Ich darf noch einmal darum bitten – auch wenn die Stunden voranschreiten und es immer noch die Haushaltsberatungen sind –, dass wir gemeinsam gebührend für Ruhe sorgen, damit die Rednerin zu Ende ausführen kann. – Bitte schön, Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich möchte nur noch die letzte Anmerkung vortragen. Auch die Rohstoffgewinnung ist kein Selbstläufer mehr. Wir haben an verschiedenen Stellen des Landes ungeheuer verhärtete Konflikte geerbt. Wir hoffen, dass wir sie dadurch wieder ein Stück in gesellschaftliche Akzeptanz einmünden lassen, dass wir aufeinander zugehen.

Einige Regionen sind über Abbaukonzentrationen zumindest vom Empfinden her überbelastet. Aber wir sind gesetzlich verpflichtet, landespolitisch in der Verantwortung und von der Notwendigkeit überzeugt, dass wir Vorsorge treffen müssen. Bitte helfen Sie mit, dass wir auch in diesem Bereich vor Ort zu vernünftigen Lösungen fähig bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Ellerbrock zu Wort gemeldet. Ich will

noch darauf hinweisen, dass durch die Zeit, die Frau Ministerin Thoben länger gesprochen hat, zwei Minuten und eine Sekunde für jede Fraktion zusätzlich zur Verfügung stehen. Zwei Minuten und eine Sekunde. – Bitte.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Priggen, Sie sprachen den Flächenverbrauch an. Frau Ministerin Thoben ist darauf eingegangen.

Die von Ihnen eingeforderte Koordination innerhalb der Landesregierung ist meines Erachtens schon in der Definition erfolgt. Der Umweltminister redet nicht von versiegelter Fläche, sondern von einer der freien Landschaft entzogenen Fläche. Das ist etwas anderes als die versiegelte Fläche.

Das halte ich für eine vernünftige Basis, auf der man argumentieren kann; denn der Eindruck, dass all das, was im Flächennutzungsplan als Siedlungsbereich, Siedlungsfläche ausgewiesen ist, versiegelt sei, ist in der Tat falsch. Deswegen müssen wir zu einer anderen Definition kommen. Die Definition, die im Umweltausschuss gefunden worden ist – eine Fläche, die der freien Landschaft entzogen worden ist –, ist vernünftig. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Grünen im Landtag NRW hat sich Herr Kollege Remmel zu Wort gemeldet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ellerbrock und auch Frau Thoben, ich meine, es wäre an der Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Beschwerden im Land in der Frage des Flächenverbrauchs – hier insbesondere im Zusammenhang mit Rohstoffabbau, Kiesabbau – nicht nur zunehmen, sondern exorbitant anwachsen. Vielleicht haben Sie nicht mitbekommen, dass sich eine Reihe von kommunalen Gremien, Räten, Gemeindevertretungen in dieser Frage mit dringenden Appellen an den Landtag gerichtet hat, ihnen endlich zu helfen, damit das, was über die 51. Änderung des Gebietsentwicklungsplans auf sie zukommt, nicht Wirklichkeit wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich darf auch daran erinnern, dass ein nicht so unbedeutendes Gremium wie die RVR-Versammlung einen einstimmigen Beschluss in diese Richtung gefasst hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sollten Sie deshalb zur Kenntnis nehmen, weil auch Mitglieder dieses Hauses – auch der Koalitionsfraktionen – Mitglied der RVR-Versammlung sind und dort entsprechend auftreten.

Frau Ministerin, ich hätte mich nicht melden müssen, ich hätte es auch gerne in eine Frage gekleidet, aber vielleicht können Sie trotzdem noch antworten: Das Ziel mit den 15 und 15 Jahren verkünden Sie schon seit über zwei Jahren. Wann machen Sie das Gesetz? Wann bringen Sie das Gesetz ein?

(Beifall von den GRÜNEN)

Es pressiert, es eilt. Sagen Sie uns doch hier und heute, wann Sie das Gesetz einbringen. Vielleicht beruhigt das auch die eine oder andere Diskussion, die es in Regionalräten oder in den Kommunen gibt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Remmel, 2009 wird diskutiert, und 2010 bringt sie es ein!)

Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Beratung zum Teilbereich „Landesplanung“ und damit am Schluss der Beratung zu Einzelplan 08.

Wir kommen zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 08**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge entsprechend der Übersicht mit den laufenden Nummern 76 bis 80 der Tischvorlage. Ich rufe diese einzeln auf.

Wir kommen zur laufenden Nummer 76: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5670**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 77: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5671**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 78: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5672**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der

Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 79: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5673**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 80: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5674**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5508**. Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Damit ist der Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung mit der Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen jetzt zum Haushaltsgesetz 2008, das ich hiermit aufrufe, und damit den Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350. Die Diskussion dazu haben wir gestern geführt, sodass wir entsprechend unserer Vereinbarung heute zur Abstimmung kommen können erstens über den **Gesamthaushalt** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5500**. Wer ist für diesen Haushalt? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand im Saal? – Nein. Damit ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit **angenommen** und der **Haushalt in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nun ab über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2008** und des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer ist für die Rücküberweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen. Wir sind am Ende der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2008.

Wir kommen zu:

2 Fragestunde

Drucksache 14/5590